

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 11. Dezember 1903.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

**Abonnements-Bedingungen:**  
Abonnementspreis: Prämienabgabe:  
Wochenschrift 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
vierteljährlich 3,50 Mk., frei ins Haus.  
Einzelnr. 5 Pf. Sonntags-  
nummer mit illustrierter Sonntags-  
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
abonnements: 1,10 Mark pro Monat.  
Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
Preisliste für 1903 unter Nr. 8203.  
Unter Kreuzband für Deutschland und  
Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
übrige Ausland 2 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
Betragt für die sechsgehaltene Kolonne  
eine ober deren Raum 40 Pf., für  
politische und gewerkschaftliche Vereins-  
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,  
„Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,  
für das erste Wort frei. Insetze für  
die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr  
nachmittags in der Expedition abgegeben  
werden. Die Expedition ist an Wochen-  
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
Feiertagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
„Socialdemokrat Berlin“.

### Der Geißkänzler.

Herr Eugen Richter hat am Donnerstag im deutschen Reichstag den größten Tag seines unbewegten Lebens erlebt; er, der mehr als ein Menschenalter hindurch in dem Ruf eines starr oppositionellen Rein-Sagers versteinert war, wurde plötzlich nicht nur regierungsfähig, sondern die Regierungsfähigkeit an sich. Als Liebling der Junker und Scharfmacher fing er vor einem Jahre an, als Vater aller Regierungswissenschaften ist er jetzt feierlich — wenn auch ohne Quellenangabe — approbiert worden. Jetzt kann Herr Eugen Richter ruhig abtreten, sein Geist ist auf wunderbarer Seelenwanderung schon bei seinen Lebzeiten zur höchsten Glückseligkeit menschlich-reichsdeutscher Würde emporgestiegen, er hat sich in Bernhard Bilow, des Deutschen Reiches Kanzler, Schadel festgesetzt und dort wird er weiter leben, reden und wirken, so lange Herr Lucas seinen Totschläger im Schranke läßt. Was Eugen Richter in der ringenden Gedankenarbeit von Jahrzehnten Tiefes und Ewiges über den Socialismus erforscht, geschrieben und auf den geistigen Wertpapieren der Alltagsgesellschaft Fortschritt in alle Lande verbreitet hat, das hat Bernhard Bilow's hoher Genius, nachdem es noch durch Kreisblätter und Lokalangeiger in schonender Anpassung gewässert war, in sich aufgenommen und am Donnerstag vor dem In- und Auslande unter dem Jubel der Mehrheitsparteien tapfer entfaltete: Graf Bilow hat Eugen Richter gleichsam in sich aufgefressen und ist dadurch zum Socialistenpiegel-Reflector ersten Ranges geworden. Der deutsche Kanzler, dieser dem Vernehmen seiner Zeitungsgenossen nach moderne, gebildete und geschickte Mann, hat sich opfermütig sogar zu einer Eheverbindung mit der Spar-Agnes verstanden, um endlich und endgültig die drei Millionen deutscher Socialdemokraten und den Socialismus durch netzliche Fragen nach den Stiefelsohlen des Zukunftsstaates zu erschüttern, zu widerlegen, niederzujuden. Graf Bilow hat, befehlen von Eugen Richters Geist, den 10. Juni innerlich überwunden. Wir haben einen Kanzler, der mit geistigen Waffen imponierend um sich wirft, einen Geißkänzler gegen die socialdemokratische Verblendung. Man rühmt unserer Gesellschaftsordnung des freien Wettbewerbes nach, daß sie zur Auslese der Tüchtigsten führe. Für Preußen-Deutschland ist dieses angebliche gesellschaftliche Naturgesetz glücklicherweise durch die rätselvolle Magie der Karriere durchkreuzt und ausgeschaltet.

Wie einer großen Rede sagte **Vebe** l am Donnerstag die Staatsdebatte fort. Er leuchtete in alle Winkel des herrschenden Systems. Das Haus folgte seinen Darlegungen mit gespannter Aufmerksamkeit. Diese Kritik wirkt auch auf den Gegner, weil sie nicht an der Oberfläche ethischen Aberglaubens zusammenhängt und nicht die Gegnerschaft des Volkes gegen die herrschende Politik dadurch zu befechtigen sucht, daß man lamentierend die Existenz von „Auswüchsen“ zugeht; diese Kritik wirkt, weil sie aus einer wissenschaftlich einheitlichen Gesellschaftsauffassung und aus einem heiligen Feuer für eine große Sache geboren ist, und weil sie zugleich die Wege und Ziele weist. Die Socialdemokratie versteht und erfährt alles Verstehende in seinem Zusammenhang, Vuhprediger von dem Stille Schädlees verdunnern sich immer nur, daß „so etwas möglich“ ist.

Vebe l begann mit einer Erörterung des Finanzjüngels. Mit einem Griff entlarvte er die Scheinopposition des Centrums: sind doch alle Nebel, über die am Mittwoch Herr Schädel so herzbrechend stöhnte, nichts wie die notwendigen Folgen der ausschlaggebenden Centrumpolitik. Wird das Centrum sich etwa weigern, die neuen, sicher bevorstehenden Militär- und Marinevorlagen zu bewilligen? Vebe l nahm sich dann insbesondere die modischen Ausdrucksweisen des Militarismus vor: die Ueberfälligkeit und Unüberlegtheit in den Reibewaffnungen, das Konfessionsystem in der Armee, das alle Tage neue Uniformen, Schnüre, Abzeichen ausheckt, die Parade-mäntel und den Theaterdrill. Als er davon spricht, daß die Kleinstadt der Rüstungen nicht von den Besitzenden, sondern von der Masse der Armen getragen wird, heult man auf der rechten Seite des Hauses die Verstärkung dieser Behauptung. Mit gutem Humor verpöppelt Vebe l die Kardorff-Rotte, die vor einem Jahr mit Gewalt den Zolltarif raffte und nun erleben muß, daß die Handelsverträge in den Wolken schweben und in der Thronrede kaum schüchtern erwähnt werden. Er interpelliert den Kanzler, ob wirklich die Einführung von Schiffsabgaben geplant sei. Dann geht er auf die Socialpolitik ein: die bürgerlichen Parteien veranstalten ein wahres Wettrennen mit socialpolitischen Anträgen. Diesem leeren und heuchlerischen Schaugepränge, das lediglich demagogischen Berechnungen entspringt, hält Vebe l ein Kulturbild der jüngsten Wirklichkeit entgegen: Crimmitschau. Durch das Aussprechen des bloßen Wortes wird alle bürgerliche Arbeiterfreundschaft als eitel Dunst aufgelöst. Crimmitschau zeigt den Klassenkampf in all seiner blutigen Unarmherzigkeit, auf der einen Seite die heldenhafte kämpfenden Arbeiter, auf der andern Seite das Unternehmertum, das nicht nur seine materielle Macht brutal ausbeutet, sondern in dessen Dienst sich auch die ganze Staatsgewalt stellt. In der leidenschaftlich belebten Schilderung des Arbeiterkampfes in Crimmitschau erreichte Vebe l's Rede ihren Gipfel; es gab während dieser Ausführungen einige Zusammenstöße zwischen dem erregten sächsischen Bundesrats-Bevollmächtigten Fischer, der dann auch das Wort zu einer hilflosen Verteidigung nahm, und den ihm benachbart sitzenden Genossen. Wir kommen auf diesen Teil der Staatsdebatte noch an anderer Stelle des Blattes zurück.

Vebe l schloß mit einer knappen Charakteristik der beiderseitigen Schönheiten des neuesten Kurzes, der ewigen Denkmalsentwürfen und feste, des Hygienismus und Servilismus, der nationalen Entäußerung, die einen reichen amerikanischen Erben, wie den jungen Vanderbilt,

mit hohen Ehren empfängt, dagegen die russischen Freiheitskämpfer den Schergen ausliefert, die duldet und fördert, daß das Deutsche Reich zu einer Filiale des russischen Polizeiministers wird. Hatte Schädel am Tage zuvor am Schluß seiner Rede den wunderthätigen Jungbrunnen des Christentums den Gläubigen angepriesen, so stellte Vebe l dem Glanz der heutigen Zustände den Erlösergedanken der socialistischen Wahrheit entgegen.

Darauf erhob sich der Reichskanzler, der diesmal offenbar bemüht war, den Ton des in seiner Nähe sitzenden Herrn v. Köller nachzuahmen, während er seine Ideen, wie schon oben erwähnt, kostenfrei von Eugen Richter bezog. Graf Bilow hatte sich, wie ihm das schon des öfteren begegnet ist, wieder einmal falsch vorbereitet. Er hatte angenommen, daß Vebe l die Geheimnisse von Forbach und die Soldatenmishandlungen in den Vordergrund schieben würde, und sich mit einigen Sottisen gerüstet. Vebe l aber hatte davon mit keinem Worte gesprochen und da der Kanzler natürlich keine Neigung hatte, seine Angriffe gegen den Centrumsführer Schädel zu richten, so verpußte diese Polemik gegen einen markierten Feind in lustigster Weise. Unmüßig zu sagen, daß Graf Bilow sowohl die Forbach-Skandale wie die Soldatenmishandlungen feierlich mißbilligte und die offene Kritik von Nebelständen verteidigte, aber man dürfe doch nicht verallgemeinern und schließlich werde es immer besser. Außer seiner Mißbilligung gab Graf Bilow nichts zu erkennen, was er zu thun gedente. Weiter verteidigte er, unter grober Entstellung Vebe l'scher Darlegungen, seine bewundernswürdige Weltpolitik, und nahm die Gelegenheit wahr, den Kreuzzugsprediger Peter von Amiens aus dem 11. Jahrhundert und den spanischen Großinquisitor Peter Arbuze aus dem 15. Jahrhundert auf einer mittleren Linie zu verschmelzen. Die Darlegungen Vebe l's über die entwürdigende Geheimbändel-Rußlands bestätigte und verschärfte noch Graf Bilow. Er fand nicht nur kein Wort gegen die infame russische Spigelwirtschaft in Deutschland, sondern der höfliche Mann wurde sogar zu Ehren Väterchens unparlamentarisch grob, indem er zweimal mit Komödiantenpathos von der zügellosen Kritik gegen das befreundete Rußland sprach. Die Absicht des Bundesrats, Schiffsabgaben einzuführen, schien Graf Bilow zu leugnen.

Und nun kam die Schlussposse, an der wir eine reinere Freude haben könnten, wenn nicht gerade in der Socialdemokratie die nationale Kulturkonsolidität so stark wäre, daß auch uns selbst der Verfall des öffentlichen Geistes widerwärtig ist, der sich in der bürgerlichen Gesellschaft Deutschlands und in seinem höchsten Reamanten manifestiert.

Es mag hingehen, daß Graf Bilow seine Späße über den Dresdener Parteitag an das dankbare Haus brachte. Auch das verübeln wir ihm nicht, daß er seinen Leibblättern nachschwagte, in der Socialdemokratie gebe es keine Meinungsfreiheit, es herrsche bei uns — das Centrum mag sich bei seinem Ökner bedanken — hierikalische Unbuddsamkeit. Es lohnt sich kaum, den Reichskanzler darauf aufmerksam zu machen, daß ja gerade über den Dresdener Parteitag unsere Presse freieste Kritik geübt hat. Sollte einmal auch in den regierenden Kreisen ein Vientenant Wille aufstehen und die Geheimnisse der Garnison der Staatsweisheit enthüllen, so wird Graf Bilow ihm, wie wir annehmen, vollste Meinungsfreiheit gestatten. Schließlich ist es auch nur ein Ausfluß der Abhängigkeit des Kanzlers von lägenhaften Zeitungsauschnitt, daß er von socialdemokratischem Wahlterrorismus und ähnlichen Scharfmachermärchen erzählte.

Das aber Graf Bilow über und gegen den Socialismus vortrug, das sollte man selbst bei einem Kanzler des neuesten Kurzes nicht für möglich halten. Graf Bilow blieb auf die Frage nach den Handelsverträgen die Antwort schuldig; er weiß nicht, was und wie er morgen regieren wird, er bestand aber auf der unerschütterlichen Frage, ganz genau erfahren zu müssen, wie wir der einst den Zukunftsstaat taupetieren wollen. Graf Bilow weiß nichts von dem socialdemokratischen Programm, er interessiert sich lediglich für die Zukunftsstränge der Richterischen Sparagogen. Dieser Reichskanzler steht zwar an der Spitze eines Denkmals-Ausschusses für einen großen Socialisten — Fichte —, aber der Unselige schneidet noch immer auf Eugen Richters Versicherung, daß die Socialdemokratie den Besitz teilen wolle. Wie man es in allen Wahlflugblättern der Gegner hat lesen können, meint auch Graf Bilow, in holdem Wahnsinn alle logischen Gegenstände wie die beiden Peter vernisierend, die Menschen müßten Enger werden, um reif für das **Zukunftshaus** des Zukunftsstaates zu werden. Auch er erklärt, daß die Socialdemokratie rein negativ sei, während natürlich der socialistische und demokratische Gedanke die einzige positive, keimkräftige Idee unserer Zeit ist, und alles, was an Fortschritten erzielt wird, nur Profamen sind von dem reichen Tisch des Socialismus, während alle unsere Kritik, um Leffings Wort zu gebrauchen, in Wahrheit höchste produktive, schöpferische Kritik ist.

Und all diese Unwissenheit suchte Graf Bilow durch Requisitionsscherze nach dem Vorbild Kadelburg'scher Schwänke zu erregen: Er suchte mit der Projährre Kautsky's über die sociale Revolution und verriet dabei sofort, daß er nur ihren Titel kennt, zum mindesten keine Zeile verstanden hat.

Vergeßte vernichtete der Kanzler des Deutschen Reiches mit überlegenem Geiste den Socialismus und die Socialdemokratie. Er sprach auch Bismarck undvorsichtig das Wort nach, es wäre unser größtes Unglück, wenn wir einmal zur Herrschaft gelangten. Aber er hätte sich wohl, uns in dieses Unglück zu fügen. Er weiß wohl, warum! Er fürchtet für seine Laufbahn im „Zukunftsstaat“. Mit solchen Köpfen könnte die socialistische Gesellschaft nicht regieren.

Mit einer bedeutungslosen Ansprache führte Graf Stolberg, der konservative, aus dem Bilow'schen Zukunftsstaat wieder in den agrarischen Gegenwartsstaat, in dem das Zentrum nur eine Sorge drängt: Hölle, Hölle, Hölle und namentlich Minimalzölle

für Vieh. Dafür mag dann allerdings das Verständnis des Geißkänzlers ausreichen. . .

**Druckfehler-Berichtigung.** Im gestrigen Leitartikel muß der zweite Absatz der zweiten Spalte richtig heißen:

„Auch der Harmslose empfand, daß der Centrumsführer nur den wilden Mann mimte und daß eine Kritik, die keine Konsequenzen (anstatt: keine zu engen Kreise) zieht und gar nicht ziehen will, nur insofern gefährlich ist, als sie die Kritik entwürdigt und das System hinterhältig schlägt, das sie vorgeblich angreift.“

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. Dezember.

**Crimmitschau vor dem Reichstag.**

Die verurteilt unangenehme Aufgabe, die sächsische Regierung und Polizeipraxis gegen die in Crimmitschau heldenhafte kämpfenden Arbeiter im Reichstage zu verteidigen, ist dem Herrn Bundesrats-Bevollmächtigten Fischer noch saurer geworden als die ihm pflichtgemäß obliegende Vertretung sächsischer Regierungsverfehlungen. Man brauchte nicht Gedankenleser zu sein, um bei einem Blick auf Herrn Dr. Fischer, während Vebe l die behördlichen Maßnahmen in Crimmitschau peitschte, konstataren zu können, daß der Herr diese Stunde zu Ende sehen möchte.

Was hätte der Vertreter der sächsischen Regierung Vebe l's Anfragen entgegenzusehen? Polizeiamtliches Material, das er mit wenig Vergnügen vortrug. Falsch im wesentlichen, dürftig bis zur Verblüffung für die konservativen Kreise, die ganz andre Offenbarungen erwartete, das war Herr Dr. Fischer's Material. Kein Wort davon, daß die Crimmitschauer Arbeiter seit über vier Jahren die Einführung des Zehnstundentages erbeten haben, kein Wort davon, daß die Führer der sächsischen Textilindustriellen die Unternehmer zu energischen Widerstand gegen die Zehnstundenforderung aufgestoßelt hatten. Dafür Räuber-geschichten über angeblichen Terrorismus der organisierten Arbeiter vor dem Streik. Und dabei kämpften die nach sächsisch-amtlicher Darstellung terrorisierten Nichtorganisierten seit 15 Wochen und tapfer mit den „Terroristen“ Schulter an Schulter; selbst die ausgesperrten Militärvereinstitglieder ziehen es vor, mit den „Terroristen“ zu gehen und nicht mit den Unternehmern, auch dann nicht, als die Unternehmer Prämien für einseitigen Streikbrecher auswarfen. In voller Eintracht, mit gemeinsamer Begeisterung kämpften organisierte und nichtorganisierte Arbeiter zusammen, und trotzdem will der Regierungsvertreter glauben machen, den Nichtverbandsmitgliedern sei unerschöpflich gespielt worden von ihren organisierten Arbeitskameraden. Und dann brachte Sachsens Vertreter sechzehn ganze Vergehen von Arbeitern zum Vorschein; sechzehn Fälle bei 7500 Aussperrten in fünfzehn Wochen! Und was für „Fälle“! Lächerliche Geringsfügigkeiten, deren Ausführung das Gegenteil dessen beweist, was sie beweisen sollte, nämlich die ausgezeichnete, bewundernswürdige, kaltsblütige Haltung der Kämpfenden trotz aller schmähschen Herausforderungen. Daß eine Arbeiterin mit einem Schimpfnamen bedacht wurde, steht im Polizeimaterial; aber kein Wort davon, daß ein Fabrikant mit 50 Mk. Geldstrafe belegt werden mußte, weil er zwei Aussperrte „wortbrüchige Sauen“ genannt hatte, kein Sterbenswörtchen über andre mündliche und selbst thätliche Beleidigungen von Arbeitern durch Unternehmer. Und das allertollste: Herr Dr. Fischer begründet die behördlichen Maßnahmen mit Handlungen der Aussperrten, die — durchaus gesetzlich erlaubt sind. Höhnische Gesichter sollen Aussperrte aus den Fenstern ihrer Wohnung herausgemacht haben, in den Versammlungen sei zum Weiterstreiken aufgefordert worden — und deshalb der **Belagerungszustand!** Streikende Arbeiter in Sachsen haben danach ein polizeigekanntes Gesicht zur Schau zu tragen, wollen sie nicht die Aufhebung ihrer Grundrechte riskieren. Welches Gesicht müssen sich die Arbeiter zum Muster nehmen? Etwas das, das Herr Dr. Fischer und sein sichtbar nervös gewordener Kollege v. Hohenhof machten, als Vebe l's Hiebe niederkaufen? Die Aussperrten sollen ferner, nach dem Polizeimaterial des Herrn Dr. Fischer, den Hauswirten, die Arbeitswilligen beherbergen, mit Kündigung der Wohnung gedroht haben. Das Gegenteil ist die Wahrheit; Hauswirte haben unter Androhung der Kündigung auf Aussperrte einzuwirken versucht. Ebenfalls unwahr ist, daß vor Beginn des Kampfes mit einem Generalstreik gedroht worden und eine Kalkulation der eventuellen Kriegskosten aufgemacht worden ist. Kein Arbeiter hat daran gedacht, die Organisation erst recht nicht. Unwahr ist es auch, daß sich am Bahnhof bei Anknüpfung von Arbeitswilligen nur Aussperrte einfanden; das jeweils angekommene Publikum bestand aus zahlreichen Unternehmern, deren Beamten und neugierigen Unbeteiligten. Herr Dr. Fischer hat dann auch noch behauptet, weil die Crimmitschauer Arbeiter gut organisiert seien, hätten sie vorangehen müssen. Die Crimmitschauer Arbeiter haben aus eigener Initiative, die der bitteren Notwendigkeit entsprang, ihre Forderung gestellt; vor Crimmitschau fand der Kampf in Weerane statt, der ebenfalls mit um die Regelung der Arbeitszeit entstand.

In Weerane aber verhielt sich die Behörde loyal, in Crimmitschau ist das Gegenteil in schärfster Weise der Fall. Ohne dieses Vorgehen der Behörden wäre der Kampf in Crimmitschau keineswegs ein so erbitterter geworden. In dem großen Sündenconto der sächsischen Regierung wird Crimmitschau einer der schlimmsten und beschämendsten Posten bleiben. —

### Wahlrechtsreform in Baden.

In Baden wird bekanntlich seit mehreren Jahrzehnten ein Kampf um das direkte Wahlrecht geführt. Es besteht das allgemeine, aber indirekte Wahlrecht. Durch das Wahlmänner-System werden die Vorteile des allgemeinen Gleiches Wahlrechts fast völlig aufgewogen. Darum stand auch der Kampf gegen die indirekte Wahl bei allen politischen Aktionen im Vordergrund. Die liberale Mehrheit des



Landtages hat bis vor zwei Jahren den Bestrebungen auf Verbesserungen des Wahlrechts mit größter Beharrlichkeit entgegengekehrt. Als aber die Nationalliberalen bei den Wahlen immer schlechter abschnitten, da schwenkten sie vor zwei Jahren ein. Es wurde die Regierung durch ein stimmiges Beschluß des Landtages aufgefordert, Gesetzentwürfe zur Verbesserung der Landtagswahl vorzulegen. Jetzt sind die Gesetzentwürfe endlich der Kammer zugegangen. Die gesamte Reform soll durch drei Gesetzentwürfe durchgeführt werden: 1. Verfassungsänderung, 2. Veränderung der Landtagswahlordnung, 3. Neu-Einteilung der Wahlbezirke. Die Verfassungsänderung sieht eine Verstärkung der Ersten Kammer, des „Herrenhauses“ vor; der Großherzog soll berechtigt sein, statt acht, zehn Mitglieder zu ernennen, darunter müssen aber vier Oberbürgermeister oder Bürgermeister großer Städte sein. Er darf ferner acht adlige Millionäre die erbliche Mitgliedschaft zur Ersten Kammer verliehen. Neben den beiden Universitäten Heidelberg und Freiburg soll auch die technische Hochschule in Karlsruhe einen Vertreter erhalten. Endlich wird das Budgetrecht der Ersten Kammer insoweit erweitert, daß sie Einfluß auf die Gestaltung einzelner Kosten gewinnt.

Die wichtigste Vorlage ist die geplante Änderung der Landtagswahlordnung. Bisher liegen die Dinge so, daß jeder 25 Jahre alte Wähler wahlberechtigt ist. In jedem Wahlkreis wird auf je 200 Einwohner ein Wahlmann gewählt. Die Wahlmänner haben die Abgeordneten zu wählen und zwar in 51 Wahlkreisen je einen Abgeordneten; in Mannheim 3, Karlsruhe 3 und Heidelberg, Pforzheim und Freiburg je 2 Abgeordnete.

Kammern soll in jedem Wahlkreis nur ein Abgeordneter und zwar direkt, ohne die Zwischenstufe der Wahlmänner gewählt werden. Wahlberechtigt soll jeder 25 Jahre alte Mann sein, der zur Zeit die bürgerliche Staatsangehörigkeit besitzt. Wer am 31. Dezember 1904 die bürgerliche Staatsangehörigkeit noch nicht besitzt, erlangt die Wahlberechtigung erst, wenn er vom Wahltag zurückgerechnet zwei Jahre die Staatsangehörigkeit besitzt oder erworben hat. In diesen Änderungen kommt noch die Neueinteilung der Wahlkreise. Auf je 2000 Einwohner soll ein Abgeordneter gewählt werden. Insbesondere soll Mannheim 6, Karlsruhe 4, Freiburg 3, Pforzheim und Heidelberg je 2 Abgeordnete erhalten. Die Kammer wird von 63 auf 70 Mitglieder vergrößert.

Für uns ist das Wichtigste an der Änderung die Beseitigung der indirekten Wahl und die Vermehrung der Abgeordneten in den großen Städten. Die Einführung der Einwahl in den Städten kann uns zwar in Mannheim einen oder den anderen Sitz kosten, aber von den sechs Mandaten werden wir immer noch mehr erhalten als die drei Mandate, die Mannheim heute zu vergeben hat und die wir besitzen. In Karlsruhe und Pforzheim gewinnen wir durch die Neuerung zweifellos, wie wir auch auf dem Lande infolge der direkten Wahl ganz zweifellos starke Fortschritte machen werden. Dagegen ist die zweijährige Karenzzeit hinsichtlich der Staatsangehörigkeit geeignet, und besonders in den Industrie-Orten, wo die Fluktuation der Bevölkerung sehr stark ist, große Schwierigkeiten zu bereiten. Doch diese Bestimmung abgeändert oder etwa ganz zu Falle gebracht wird, daran ist nicht zu denken; wenn nicht das ganze Gesetz an dem Interessengeganz zwischen Nationalliberalen und Centrum bei der Wahlkreiseinteilung scheitert, so muß man eher Verschlechterungen gegen die Arbeiter befürchten.

## Deutsches Reich.

### Ein Oberlieutenant als Wechselfänger.

Unter dem Vorhild des Generalmajors Graf v. Schlieffen fand am Mittwoch in Frankfurt a. O. vor dem Kriegsgericht Verhandlung statt gegen den früheren Oberlieutenant v. Goeh und Schwanenrich im Leib-Grenadier-Regiment Nr. 8. Dem Oberlieutenant werden fortgesetzte Wechselfahrungen zur Last gelegt, die er von Mai bis Juli 1903 verübt hat. Der Angeklagte ist etwa 40 Jahre alt und hat eine hervorragend schnelle Karriere gemacht. Er war auch zum Generalstab und zum Militärattaché des Kaisers kommandiert. Infolge mangelhafter finanzieller Verhältnisse geriet er in die Hände zweier Berliner Strawattennmacher (v. Kursh und v. Krause) und wurde zum Fälscher. Er spielte auch nach Entdeckung der ersten Fälschung noch den Unschuldigen und Lieberastien. Die Verhandlung geschah unter Ausschluß der Öffentlichkeit wegen Gefährdung militärischer Interessen und endete nach vierstündiger Verhandlung mit der Verurteilung des Angeklagten zu zwei Jahren drei Monaten Zuchthaus und Ausstoßung aus dem Heere. Die Frage nach mildernden Umständen wurde vom Gericht des schwerwiegenden verbrecherischen Verhaltens des Angeklagten und der bezeugten gemeinen Gesinnung wegen verneint. Der Vertreter der Anklage hatte vier Jahre Zuchthaus beantragt.

### Ein Raubspiel zum Fall Breidenbach.

Der Fall Breidenbach hat eine Anzahl Prozesse vor dem Kriegsgericht zur Folge gehabt. Zuerst wurde der Feldwebel Bischoff zu

## Herbert Spencer.

(Schluß.)

Viele werden in dieser Beschreibung die schwache Seite der Spencer'schen Philosophie erblicken. Der Schreiber dieses ist nicht der Ansicht. Nicht hier liegt Spencers Kompromiß. Im Gegenteil, durch diese Abweisung alles dessen, was nur leere Spekulation oder überflüssige Offenbarung heißen würde, gewinnt sie an Einheit und Kraft. Das Grundprinzip der erkennbaren Welt ist für Spencer die Kraft bezw. die Energie, deren Größe er als konstant annimmt und die sich in Stoff und Bewegung äußert. Im Geiste Spinozas ist alles, was wir Naturgesetz nennen, letzten Endes ein logisches oder Denkgesetz, nach Spencer ist's ein physikalisches oder Bewegungsgesetz. Und die Grundgesetze der Bewegung sind die Grundgesetze der Entwicklung.

Hier stoßen wir zugleich auf die Aehnlichkeit und den Unterschied zwischen Spencer und Hegel. Auch Hegel ist Entwicklungsphilosoph, aber bei ihm ist die Entwicklung zuletzt logischer Prozeß und ihr Gesetz das des Gegensatzes. Seine Formeln sind die bekannte Dreiteilung: Verjahung, Verneinung, Verneinung der Verneinung. Diese letztere bildet eine neue Verjahung auf höherer Grundstufe. Die Formel Spencers ist eine zweiteilige, die Entwicklung ist ein ewiger Rhythmus, wo Verjahung und neue Zusammenfassung einander ablösen, und zwar heißt die Verjahung Auflösung der Bestandteile zu bestimmteren, von einander scharfer unterscheidbaren Elementen (Differenzierung) und Zusammenfassung dieser neuen Elemente zu neuen, reicher gestalteten Einheiten (Integrierung). Stoff und Bewegung spielen hierbei eine gegensätzliche Rolle. Stärkere Bindung oder Abföderung von Bewegung fällt zusammen mit Differenzierung des Stoffes, während der Prozeß der Integrierung, der neuen Zusammenfassung, von neuer Fortsetzung der Bewegung begleitet ist. In der unorganischen Welt ist dies Gesetz das Grundgesetz der Dynamik oder der Lehre von den Energien, in der organischen Welt das Grundgesetz der Lebensentwicklung und des Fortschritts der Organismen, das sich verwirklicht durch Kampf und Saisin und Anpassung an die Umgebung. Aller Fortschritt ist Uebergang von einem zusammenhängenderen, von einem unbestimmteren zu einem bestimmteren, aber auch von einem mehr gleichartigen zu einem weniger gleichartigen Zustand. (Ziem.)

Dieses Gesetz der Naturkräfte und der biologischen Organismen überträgt nun Spencer auch auf die sozialen Organismen. Und hier stoßen wir auf den schwachen Punkt in seinem System, der theoretischen Wurzel seiner größten Irrtümer und Fehlgriffe. Sie ist darin zu finden, daß er den Faktor des Bewußtseins, das er doch selbst nicht reißlos auf die Formel der physikalischen Energien zurückführen kann, von dem er selbst in den Prinzipien der Psychologie erklärt, daß es leichter sei, die Materie aus dem Geiste als den

drei Monaten Gefängnis verurteilt, weil er von den Mißhandlungen des berichtigten Soldatenschilders Kenntnis gehabt, ohne Meldung davon zu machen; dann wurde der Compagnieführer des Breidenbach zu vier Wochen Studienarrest verurteilt, weil er es an der gehörigen Aufsicht habe fehlen lassen und gestern hatte sich der Retuten-offizier der in Frage stehenden 11. Compagnie des 4. Garde-Infanterie-Regiments, Lieutenant Joachim von Hellermann, vor dem Kriegsgericht der I. Garde-Infanterie-Division wegen Mißhandlung von Untergebenen, Unterlassung von Meldungen strafbarer Handlungen und schließlich wegen nicht vorschriftsmäßiger Behandlung vor seinen Richtern zu verantworten.

Der militärische Verteidiger des Angeklagten, Major v. Eberhardt, stellte sofort den Antrag, die Öffentlichkeit während der Verhandlung auszuschließen. Ihm schloß sich der Civilverteidiger, Rechtsanwalt Ulrich, an, der erklärte, daß bereits der Fall Grolmann in übertriebener Weise von der Presse ausgebeutet worden sei.

Nach kurzer Beratung des Gerichtshofes erklärte der Verhandlungsführer: Der Gerichtshof hat den Ausschluß der Öffentlichkeit abgelehnt.

Sodann verliest der Vorsitzende die Anklage.

Lieutenant v. Hellermann ist danach angeschuldigt, während der Ausbildung der Retuten in mindestens vier Fällen die Aufsicht über dieselben nicht genügend bewahrt zu haben. 2. Den durch Selbstmord gedungenen Fälscher Hill vorzüglich mißhandelt zu haben. 3. Den Fälscher Swartzki am 23. April beim Exercieren durch zwei Stöße mit dem Säbel an dem rechten Ellenbogen mißhandelt zu haben; 4. in zwei Fällen Untergebene unvorschriftsmäßig behandelt zu haben. Der Angeklagte erklärt zu den ihm zur Last gelegten Vergehen: Er habe niemals gesehen, daß Breidenbach Retuten geschlagen habe. Er habe jedoch des öfteren bemerkt, daß Breidenbach dicht an die Leute herantreten sei. Er, der Angeklagte, habe das Breidenbach gegenüber öfters gerügt und warnend hinzugesetzt, daß, wenn der Vorgesetzte so dicht an die Leute heranträte, er unwillkürlich, falls er bestigen Temperaments sei, in die Lage komme, die Leute anzufassen. In Sachen Hill erklärt der Angeklagte, daß er den Fälscher, welcher an jenem Tage irrtümlich und mit zerrissener Schuppenkette zum Exercieren erschien, wohl hart angefaßt und ihm den Helm vom Kopfe gerissen, jedoch in keiner Weise mißhandelt habe. Zum Falle Swartzki, der sich am 23. April beim Exercieren abspielte, meint der Angeklagte, daß, wenn der Vorfall wirklich geschah, dies keine Mißhandlung gewesen sein könne. Er sei wahrscheinlich mit dem Fälscher beim Lauffschritt zusammengefallen und der Degenknau habe den Ellenbogen des Swartzki getroffen. Bezüglich der zwei Fälle vorschriftswidriger Behandlung von Untergebenen kann sich Lieutenant v. Hellermann an nichts erinnern, er giebt jedoch die Möglichkeit zu. Auf die Frage des Verhandlungsführers, ob ihm nicht die Instruktion bekannt sei, welche verbietet, Leute anzufassen, erklärt der Angeklagte, daß er in den beiden vorliegenden Fällen vielleicht nicht ganz nach Ueberlegung gehandelt habe. Dem Mißhandlungen Unteroffizier Schmelz wird zur Last gelegt, daß er durch Mißbrauch der Dienstgewalt den Fälscher Swartzki, der vom Lieutenant v. H. geschlagen wurde, zu falscher Aussage verleitet und dazu veranlaßt habe, seine Vorgesetzten zu belügen. Der Angeklagte, welchem Fälscher Swartzki sofort meldete, daß er vom Lieutenant v. Hellermann mißhandelt worden sei, will sich nicht mehr genau darauf erinnern, daß ihm Swartzki gesagt habe, wer ihn geschlagen. Später habe er gesprochen, daß der Fälscher vom Lieutenant v. H. geschlagen worden sei.

In der Beweisnahme wird als erster Zeuge der Fälscher Swartzki vernommen. Er erklärt, daß er beim Exercieren zwei Stöße auf dem rechten Ellenbogen erhalten habe, die ihm Schmerzen verursacht haben; diese Stöße könnten nur von Lieutenant v. H. herrühren, der neben ihm her gleichfalls im Lauffschritt marschiert sei. Daß ihn der Vorgesetzte geschlagen, habe er nicht gesehen, aber die Säbellinge des Lieutenants v. H. habe getroffen. Da ihn der Ellenbogen heftig geschmerzt, habe er später seinem Unteroffizier Schmelz gemeldet, daß ihn Lieutenant v. H. mit dem Säbel geschlagen und er sich krank melden müsse. Schmelz habe ihn dann aus der Stube herausdrufen lassen und ihm gesagt: „Du mußt das, wenn Du Dich in der Unteroffizierskammer krank meldest, nicht so sagen“, Du kannst sagen, Du seiest mit dem Ellenbogen auf das Gewehr gefallen.“

Der Zeuge hat dann in der ihm vom Unteroffizier angebotenen Weise die Meldung beim Revierarzt gemacht.

Als Hauptbelastungszeuge wird nun aus der Untersuchungsakten Unteroffizier Breidenbach vorgeführt. Er belästigt Herrn v. H. außerordentlich schwer und giebt an, bezüglich des Falles Hill der einzige gewesen zu sein, der gesehen habe, daß der Lieutenant v. H. den Fälscher geschlagen habe. Am Morgen jenes Tages, an dem Hill Selbstmord beging, exercierte die Retuten-Abteilung des Breidenbach auf Westend. Lieutenant v. H. sei, nachdem „Stillschanden“ kommandiert, durch die Glieder geschritten, sei vor Hill stehen

Geist aus der Materie abzuleiten, in der Gesellschaftslehre bei gewissen Problemen immer wieder als Null einsetzt. Daß für die Gesellschaften, die aus willens- und vernunftbegabten fertigen Individuen zusammengesetzt sind, die Bewegungsgesetze der Physik und Biologie zwar nicht fortfallen, aber eine wesentliche Veränderung, wir können auch sagen eine zusammenfassendere Form erhalten, wird bei Spencer ganz ungenügend berücksichtigt. Hier zählt auch er die Strafe für die einseitige Betonung der naturwissenschaftlichen Bildung. Soweit diese ausreicht, darf man ohne Uebertreibung sagen, daß Spencer die höchsten Höhen der Erkenntnis seiner Zeit erklommen hat, und insbesondere in der Wissenschaft der Lebewesen, als Biologe ist er den Größten seiner Zeit zuzurechnen, reißt er sich seinem großen Landsmann Darwin ebenbürtig an. Auch als Sociologe hat er auf bestimmten Spezialgebieten dieser umfassenden Wissenschaft Bedeutendes geleistet. Aber die Erreichung der höchsten Höhen blieb ihm hier verlagert, eben weil hier die naturwissenschaftliche Erklärung nicht ausreicht. Dabei wird übrigens die Frage nicht unterdrückt, ob nicht Spencers Beschränkung auf die naturwissenschaftliche Ableitung schließlich doch mehr in seiner socialpolitischen Beschränktheit wurzelt, als umgekehrt, d. h. ob nicht die Schlussfolgerungen aus Spencers Gesellschaftslehre zu einem großen Teil mehr gewollte, als in tendenziöser Untersuchung ermittelte sind.

Spencer empfand bürgerlich-liberal im besten Sinne dieses Wortes. Ihm erschien die Herstellung der Freiheit, die Verwirklichung der freien menschlichen Persönlichkeit als das höchste Ziel der Menschheit, die Bekämpfung und schrittweise durchgeführte Verfolgung allen Zwanges als das Mittel zur Erreichung dieses Zieles. Die der Menschheitstypus sich im Verlauf der fortschreitenden Entwicklung immer mehr vom kriegerischen zum gewerblich-tätigen umwandelte, so bestrebe der Fortschritt auf politischem Gebiet in der Bewegung vom Zwangsstaat zur Regelung aller menschlichen Beziehungen durch den freien Vertrag. An dem Grade, wie dies geschehen, sei der Fortschritt der Kultur zu bemessen. Im Gegensatz zu Hegel, der die freie Persönlichkeit im Staate und durch den Staat verwirklichen wollte, wollte Spencer sie im Kampfe gegen den Staat verwirklichen.

In alledem steht viel Schönes und Nichtiges, und man kann nicht umhin, die Bestimmungstreue zu bewundern, mit der Spencer nicht nur alle Auszeichnungen, die ihm von Staatsbehörden angetragen wurden, sondern alle Ehrungen, die von akademischen und sonstigen gelehrten Körperchaften ausgingen, beharrlich zurückwies. Er hat hierin eine große Konsequenz bewiesen, und er hat diese principielle Stellungnahme nicht, wie manche andere nichtakademische Gelehrte, durch geschäftliche Schimpfen auf die Akademien entwürdiget. Aber er sah nicht, oder er erkannte nicht, daß in der menschlichen Gesellschaft Kräfte wirken, die für eine solche begrifflich abgeleitete Entwicklung eine ununterbrochene Entwicklungsbahn nicht zulassen, daß man die Wirkungen der kapitalistischen Konzentration, die Mißbräuche, welche die wirtschaftliche Uebermacht einzelner ermöglicht

geblieben und habe den Mann, dessen Schuppenkette am Helm zerrissen waren, mit der Faust gegen das Kinn geschlagen. Da alle Stillegefallen, habe er nur allein die Mißhandlung wahrnehmen können. Er berichtet ferner unter seinem Eide, daß Herr v. H. in mehr als vier Fällen um seine, des Breidenbach, Mißhandlungen gewußt habe. Auf wiederholte eindringliche Fragen des Verhandlungsführers und trotz energischen Protestes des Angeklagten bleibt Breidenbach bei seiner Behauptung und giebt an, daß Lieutenant v. H. genau von den Mißhandlungen unterrichtet gewesen sei. Der Angeklagte habe ihn ja darüber befragt und darauf aufmerksam gemacht, daß er, Breidenbach, geschlagen habe. Lieutenant v. H. habe zu ihm gesagt: „Ich weiß, daß Sie heftig sind, sehen Sie sich vor, es wird streng bestraft.“ Die nachfolgenden Zeugen werden dann wegen der zwei Fälle unvorschriftsmäßiger Behandlung Untergebener vernommen. Sergeant Kleinbrod hat den Eindruck gewonnen, daß Lieutenant v. H. in einem Falle, der den Fälscher Friedrich betrifft, unvorschriftsmäßig gehandelt habe. Sodann vernommene Zeugen wissen zur Sache nichts Wesentliches zu berichten und es wird dann abseitig von einer weiteren Zeugenvernehmung Abstand genommen.

Der Vertreter der Anklage, Kriegsgerichtsrat Dr. Illmann führte aus, wie es gekommen, daß gegen Lieutenant v. H. die Anklage erhoben worden sei. Die vorliegenden Vergehen seien ja nicht allzu schwer, aber dennoch als Konsequenzen des Falles Breidenbach symptomatisch. Die Aussage des Breidenbach habe er für durchaus glaubwürdig. Wäre v. H. ein noch so brutaler Soldatenschilder gewesen, so halte er ihn doch einer solchen Uebersicht nicht fähig, seinen Vorgesetzten hineinzufragen. Der Lieutenant v. Hellermann könne nicht für die Soldatenschilderei des Breidenbach verantwortlich gemacht werden, aber es seien als erwiesen anzusehen: zwei Fälle von Mißhandlung, zwei Fälle vorschriftswidriger Behandlung und vier Fälle vorsichtiger Unterlassung von Meldungen Untergebener. Er beantrage als Gesamtsstrafe gegen Lieutenant v. H. sechs Wochen Studienarrest, gegen Unteroffizier Schmelz vierzehn Tage Mittelarrest.

### Das Urteil.

Lieutenant v. Hellermann wird mit drei Wochen Studienarrest, Unteroffizier Schmelz mit drei Tagen Mittelarrest bestraft. Der Gerichtshof sei, so führte der Verhandlungsführer aus, zu der Erkenntnis gelangt, daß es keinem Zweifel unterliegen könne, daß sich Lieutenant v. H. in den beiden Fällen vorschriftswidriger Behandlung eines Vergehens schuldig gemacht habe. Das Gericht habe sich aber nicht dazu entschließen können, die Fälle Hill und Swartzki als Mißhandlungen anzusehen, vielmehr läge nur vorschriftswidrige Behandlung vor. Der Gerichtshof sei der Ansicht, daß nicht jedes Stoßen und Schlagen als eine Mißhandlung anzusehen sei. Das Kriegsgericht hat angenommen, daß Lieutenant v. H. gewußt, daß Breidenbach in mindestens vier Fällen geschlagen habe. Daß der Angeklagte den Breidenbach in seiner Gutmütigkeit nur ermahnt habe, anstatt ihn zu melden, darin erblicke der Gerichtshof ein Vergehen, wenngleich der Gerichtshof anerkennt, daß der Angeklagte einen großen Teil seiner Verfehlungen nur seiner Gutmütigkeit zuschreiben habe.

Der geistesranke Soldat. Wegen Gehorsamsverweigerung, Achtungsverletzung und Simulation verurteilte das Breslauer Kriegsgericht den Russtetier Meiber zu sieben Monaten Gefängnis. Inzwischen stellte sich jedoch heraus, daß er zweifellos in geisteskrankem Zustande seine Thaten begangen hat. Das Oberkriegsgericht sprach ihn am Dienstag frei. Der arme Schläuder kann froh sein, daß es im Militärgerichtsverfahren eine Verurteilung giebt.

## Husland.

### Aus Ostasien

liegen heute folgende Meldungen vor: In der Thronrede, mit der der Kaiser von Japan am Donnerstagmorgen das Parlament eröffnete, sagte er über die gegenwärtige politische Lage nur folgendes: Meine Minister führen zur Zeit mit Klugheit und Umsicht wichtige internationale Verhandlungen zur Wahrung des Friedens in Ostasien sowie der Rechte und Interessen Japans.

Die in Europa umlaufenden Gerüchte, daß die Antwort Japans an Japan schon abgefaßt sei, werden in Tokio als verfrüht bezeichnet. Man glaubt, daß die Antwort keine endgültige, aber insofern entgegenkommend sein werde, als sie die Wiederaufnahme von Verhandlungen über untergeordnete Einzelheiten zulassen werde. Man nimmt ferner an, daß, wenn die japanischen Wundesforderungen nicht ihrem wesentlichen Inhalt nach bewilligt werden, das Kabinett jede Aenderung abzulehnen werde.

Ein starkes russisches Geschwader von acht Schiffen, darunter zwei Schlachtschiffe, befindet sich bei Tschumulso, wie vermutet wird,

und auch zur Folge hat, nicht durch individualistische Mittel beseitigen kann. Er sah nicht, daß, wie ein moderner Moralphilosoph sich ausdrückt, es auch auf dem Gebiet der menschlichen Beziehungen so etwas wie ein Gesetz des sich gleichbleibenden Verhältnisses der Gesamtheit giebt, d. h. daß man nur Freiheit geben kann, indem man Freiheit nimmt, nämlich die Freiheit zu unterdrücken aufhebt oder einschränkt, daß die Freiheit überhaupt, die wirtschaftliche sowohl wie die politische, nur etwas Relatives ist.

Und weil er dies nicht sah, blieb er als Socialphilosoph hinter seiner Zeit zurück, verlor er immer mehr das Verständnis zur modernen Arbeiterbewegung, konnte er das Wesen des modernen Socialismus nicht erfassen. Seine Philippen gegen den Socialismus sind stumpfe Jeremiaden. Sie verurteilen ihn, weil er anscheinend unterdrückt; sie wissen nichts von der Befreiungsarbeit, die er zu gleicher Zeit verrichtet. Selbst in seinen Jornausschnitten über den Boerenkrieg offenbart sich ein Mangel an Verständnis für die Umwälzungen in den Beziehungen der Nationen, wie sie die Entwicklung des modernen Wirtschaftslebens mit sich gebracht haben, es ist sentimentale Verbammung, aber nicht auf den Grund gehende Kritik des modernen Imperialismus.

Spencer nannte keine Philosophie synthetisch, weil sie die Zusammenfassung (Synthese) aller Resultate wissenschaftlicher Forschung sein sollte. Da aber seine Forschung lidenhaft und seine Methode nicht fehlerfrei war, konnte auch seine Philosophie als Ganzes betrachtet nicht das leisten, was sie versprochen hatte. Das Größte hat Spencer unzweifelhaft als Naturphilosoph geleistet, und reich an Schätzen sind seine Arbeiten auf dem Gebiete der Psychologie, der Religions- und Moralphilosophie. Auch als Geschichtsphilosoph hat er große Verdienste. Riesenerwarte menschlichen Reiches sind seine Arbeiten, bewundernswert die Sichtung und Reinerung des ungeheuren Stoffes, den er zusammengetragen. Um so mehr ist es zu bedauern, daß er die größte und großartigste Bewegung unserer Zeit so sehr verurteilt. Schreiber dieses hat ihn einmal mit Hebbels Tischlermeister Anton verglichen, und in der That klingt aus seinen letzten Schriften das heitere Klagenwort des armen alten Kleinbürger heraus: „Ich verstehe die Welt nicht mehr.“ Aber die Welt versteht ihn, und namentlich die junge, die neue Welt weiß ihn zu würdigen. Sie wird das Lebensfähige aus seiner Philosophie pflegen und weiter entwickeln, ihn ergänzen, wo er nicht sah, ihn berichtigen, wo er falsches sah. Unseres Wissens, sagten wir oben, hinterläßt Spencer keinen Schüler, der ganz in den Spuren des Meisters wandelt. Aber wir wissen, daß er viele Schüler hinterläßt, die im Lager des Socialismus kämpfen. Zu ihnen gehört insbesondere die Lieblings-Schülerin Spencers, Mrs. Beatrice Webb-Potter, die begabte Darstellerin der modernen englischen Genossenschafts- und Gewerkschaftsbewegung, die eifrige Vorkämpferin für viele der von Spencer verworfenen Arbeitergeschetze, für den Municipal-socialismus und die Staatseingriffung, vor denen der Meister nicht oft genug hatte warnen können. Ed. B.











Reichstag.

4. Sitzung. Donnerstag, den 10. Dezember 1903, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Reichskanzler Graf Bülow, Freiherr v. Stengel, Graf Pofadowsky, v. Tirpitz, v. Einem, Frhr. v. Rheinbaben.

Die erste Beratung des Reichshaushalts-Etats wird fortgesetzt.

Abg. Nebel (Soz.):

Die Thronrede schildert die finanzielle Lage des Reiches grau in grau, und die Schilderung, die uns gestern der Reichs-Schatzsekretär von den Finanzen gegeben hat, gab ein womöglich noch traurigeres Bild. Trotzdem konnte ich nicht sagen, daß seine Schilderung zu grau gewesen wäre. Er hat die Dinge nicht so dargestellt, wie sie wirklich sind. Der Zustand unserer Finanzen muß in der That zu den ernstesten Bedenken Veranlassung geben. Freilich hätte der Reichstag schon früher den Dingen, die da kommen mußten, ins Auge sehen sollen und dementsprechend seine Maßnahmen treffen. Die große Prosperitätsepoche der Jahre 1895 bis 1900 hat das Deutsche Reich genossen in einem Maße wie kaum je früher und die Einnahmen des Reiches gingen sprunghaft in die Höhe. Die Voranschläge wurden stets bei weitem übertroffen, dennoch aber wurden immer neue und neue Anleihen herbeigeführt, und so war es klar, daß, wenn einmal der notwendige Umschwung in den wirtschaftlichen Verhältnissen Deutschlands eintreten würde, unsere Finanzlage eine total andre und sehr schlimme werden würde. Die Mehrheit des verflochtenen Reichstages — und die jegliche gleich ihm ja wie ein Ei dem andern — hat insbesondere durch Bewilligung der großen Flottenvorlagen von 1898 und 1900 dafür gesorgt, daß bis in unabsehbare Zukunft die Steigerung der Ausgaben des Reiches gewaltig zunehmen wird, und wenn sie auch in Gestalt des bekannten Steuerbouquets der Regierung eine Einnahme-Erhöhung von mehr als 50 Millionen entgegengebracht hat, so zeigen sich doch die traurigen Folgen in unserer jetzigen Finanzlage.

Auf die Einzelheiten des Etats will ich in der Generaldebatte nicht näher eingehen. Es genügt zu konstatieren, daß die Ausgaben trotz der, wie ich zugebe, sorgfältigen Veranschlagung 50 1/2 Millionen mehr beanspruchen als im verflochtenen Jahre. Charakteristisch aber ist, daß nicht weniger als 50 1/2 Millionen davon durch die verhängnisvolle Zuschußanleihe aufgebracht werden sollen. Daß dabei ein Weg betreten wird, der mit Artikel 70 der Verfassung direkt im Widerspruch steht, hat vor zwei Jahren selbst der Redner der Mehrheit dieses Hauses, Abg. Speck, zugegeben. Damals gelang es noch, das Defizit aus der Welt zu schaffen. Im vorigen Jahre aber wurde eine Zuschußanleihe von 72 Millionen und in diesem Jahre wieder von 59 Millionen bewilligt. Nicht man weiter in Betracht, daß die Schulden des Reiches in kolossalem Maße gestiegen sind, dann sollte man sich wirklich sagen, das kann unmöglich so weiter gehen. Und doch kann sich niemand von Ihnen darüber täuschen, daß es so weiter gehen wird, und daß stets größere Ansprüche an das Reich gestellt werden. Aus einer solchen Situation heraus begreife ich die Vorlage, die die verbündeten Regierungen in Bezug auf das Finanzwesen des Reiches vorgelegt haben.

Nachdem Sie heute wohl allseitig zu der Ueberzeugung gekommen sind, daß die schönen Zeiten ein für allemal zu Ende sein dürften, suchen Sie die Finanzsituation der Einzelstaaten nach Möglichkeit zu sanieren und die ganze Last dem Reich aufzubürden. Aber die volle Bedeutung der neuen Finanzvorlage liegt in dem Hinblick auf die Zukunft der Reichsfinanzen. Das charakteristische Wort des Reichs-Schatzsekretärs, es sei nur das Bedürfnis nach dem konstitutionellen Bewilligungsrecht, das den Reichstag veranlasse, seiner Vorlage so ungenügend gegenüberzutreten, hätte ich aus dem Munde eines süddeutschen Staatsmannes am wenigsten erwartet, denn mit dieser Vorlage würde der Reichstag eine politische Selbstentmündigung begehen, sein Bewilligungsrecht würde dann nur noch auf dem Papier stehen. Die Vorlage macht die Einzelstaaten unabhängig von der Finanzwirtschaft des Reiches, schwächt ihren Widerstand und fördert ihre Zustimmung zu unnützen Ausgaben. Sie sichert die Einzelstaaten gegen die unangenehmen direkten Steuern und macht neue indirekte Steuern im Reich notwendig. Aus diesen Gründen wird meine Partei gegen die Vorlage stimmen.

Die Schuld des Centrums.

Auch der Abg. Schäbler hat über die Finanzlage, insbesondere über die steigenden Ausgaben bei der Marine geklagt, ferner über Kiautschou, das schon über 70 Millionen gekostet hat, er klagte über die enorme Steigerung der Schulden, warnte vor der Weltpolitik.

Crimmitschau.

Die annähernd hundert Fabrikschornsteine, das Wahrzeichen der sächsischen Industriestadt Crimmitschau, werden wochentags über wieder von Rauchwolken gekrönt; früh, mittags und abends melden sich schräg und aufdringlich die Dampffirenen, die ein Vierteljahr lang schweben, und von einbrechender Dunkelheit an bis zur üblichen Feierabendstunde sind die Produktionspaläste der Crimmitschauer Textilbarone hell beleuchtet. „Crimmitschau arbeitet wieder,“ sagen die mit der Eisenbahn die Stadt passierenden Reisenden, die einen mit häßlichen Bemerkungen gegen die Arbeiter, die anderen mit Worten des Bedauerns, daß die Arbeiter eine Niederlage erlitten haben; denn sie alle haben gesehen, daß der Kampf für die Arbeiter verloren ist, glauben es und ein Bild vom Waggonsfenster aus bestärkt diese aus der bürgerlichen Presse geschöpfte Annahme.

In Wahrheit arbeitet aber Crimmitschau nicht, d. h. nur wenig mehr als seit fünfzehn Wochen. Die beleuchteten Fenster tragen, der Schornsteinrauch ist kein Proffiqualm und die arbeitserfindliche Presse läßt; denn derzeit kämpfen und ringen noch 7000 Textilproletarier um den Zehnstundentag, mit demselben Mute, mit der alten betwunderswerten Ausdauer und in gleich vorbildlicher Weise, wie vor einem Vierteljahr. Wenn auch nicht mehr alle Räder stille stehen; in Bewegung sind nur wenige und der produktive Erfolg ist gleich Null im Verhältnis zur sonst üblichen Gesamtproduktion.

Darin hat sich nur minimales geändert, aufgehoben sind dagegen die auf dem Papier gesetzlich den Arbeitern gewährtesten Rechte; an ihre Stelle ist die völlige Rechtslosigkeit für die Ausgesperrten getreten. Nur für die Arbeiter, die Unternehmer können nach wie vor sich versammeln, können terrorisieren, ja selbst Arbeiter der Freiheit berauben; für sie aller Schutz, gegen die Arbeiter Ausnahmegericht und die bewaffnete Macht. Durch die Strafen patrouilliert etwa ein halbes Hundert Gendarmen auf Kösen der Stadtgemeinde; sechs Mark Kriegszulage pro Tag, einzelne noch mehr. Der nächste Steuerzettel wird den Arbeitern die Rechnung dafür aufmachen.

Auf dem Bahnhof erhält man beim Verlassen des Juges die erste Probe von dem was nicht offiziell proklamierten, aber tatsächlich bestehenden Verlagerungsstand. Auf dem Perron, vor dem Durchlauf, stehen zwei Gendarmen, die jeden Ankommenden mit Widen mustern, daß ein Berliner Polizeiwachmeister die Augen niederschlagen würde. Unter der Thür der Bahnhofshalle steht der Willeckschaffner; in der Halle selbst drei, fünf, zehn, auch zwanzig Gendarmen. Wer etwa aus Keugierde oder Verblüffung stehen bleibt, wird zum sofortigen Weitergehen aufgefordert. Niemand darf stehen bleiben, nur die Restauration ist noch neutraler Boden, wo man nach Belieben sitzen oder stehen kann. Wie lange noch? Für das gewöhnliche, ordinäre Publikum findet bei jedem Zug „keiner Empfang“ statt, d. h. mit fünf bis sechs Gendarmen. Sind aber Arbeitswillige signalisiert, dann ist

warnte vor Deutschlands splendid isolation. Ich wundere mich, daß diese Bemerkungen aus dem Munde des Abg. Schäbler gekommen sind, denn wenn eine Partei kein Recht hat Klage zu erheben, so ist es das Centrum. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Diese ganze Misere, diese ganzen Schwierigkeiten sind in erster Linie dem Centrum zu verdanken. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Ohne Ihre Zustimmung, meine Herren (zum Centrum gewendet), zu den großen Flottengesetzen und den andern Forderungen der verbündeten Regierungen an den Reichstag wäre es gar nicht möglich, daß wir in die gegenwärtige Situation gekommen wären. Ihre Redner, die 1898, als die ersten Anzeichen hervortraten, daß an gewisser entscheidender Stelle die Absicht bestehe, auch der deutschen Marine einen ersten Platz in der Welt zu verschaffen, erklärten, es sei unmöglich, auf zwei Gebieten Weltmacht zu sein. Deutschland könne die Lasten unmöglich tragen, im Herbst 1897 war Ihr Widerstand gebrochen und 1898 bewilligten Sie die erste große Flottenvorlage, zwei Jahre später die zweite. Was zweiter kommt, insbesondere die abgelehnten Auslandsschiffe, wissen Sie ja. Daß man noch über das Flottengesetz von 1900 in dieser Richtung hinausgehen wird, ist zum Ueberflus durch den bekannten Geheimverleih den nicht schon vorher eingeweihten Kreisen bekannt geworden. Niemand hat also weniger Recht, über die gegenwärtige finanzielle Situation zu klagen als das Centrum. Sind Sie es denn nicht gewesen, die allen andern Ausgaben freudigen Herzens Ihre Zustimmung gegeben haben. Ihr Bischof Kutzer trägt die moralische Ueberantwortung für die Befestigung Kiautschous. Diese Thatfachen haben wir beim Chinazug genügend erörtert, da hilft Ihnen kein Zeugnis.

Die deutsche Ostasien-Politik.

Nun muß ich allerdings sagen, ich habe im Gegensatz zu meiner sonstigen Auffassung über die bisherige deutsche Kolonialpolitik immer geglaubt, daß in Kiautschou vielleicht doch etwas zu machen sei. Nach dem aber, was ich bis heute erfahren habe, sind auch meine letzten Hoffnungen geschwunden. Handel und Verkehr ist dort gleich Null; ausgeführt wird so gut wie gar nichts, unsere Einfuhr beschränkt sich auf das, was zur Erhaltung der Besatzung usw. dort notwendig ist. Herr Schäbler hat gestern darauf hingewiesen, daß sich in fernem Osten Gewitterwolken zusammenzuziehen scheinen. Fest steht jedenfalls, daß dort in der Zukunft große Entscheidungen fallen werden, die uns auf das ernsteste in Mitleidenschaft ziehen können, weit über unsere finanziellen und Handelsinteressen hinaus, die wir bis heute in Ostasien zu vertreten haben. Wir hatten 1897 eine Einfuhr nach Deutschland von China von 57,4 Millionen Mark, im Jahre 1903 beträgt diese Einfuhr, nachdem sie inzwischen gesunken ist, erst wieder 55,5 Millionen. Und was haben wir alles für Aufwendungen in dieser Zeit für China gehabt. 70 Millionen für Kiautschou; die Stationierung der Schiffe, die Unterhaltung der ostasiatischen Expedition usw. usw. Die Ausfuhr Deutschlands nach China betrug 1898 48 Millionen Mark, 1900 92,9 Millionen, sank dann 1901 auf 47,5 Millionen und beträgt 1902 erst wieder 48 Millionen. Das ist doch das denkbar traurigste Resultat unserer Politik. Dabei unterhalten wir noch eine besondere Dampferverbindung nach China, die uns ebenfalls bedeutende Ausgaben auferlegt. Wenn der Herr Reichskanzler vor Jahr und Tag ausbrüchlich erklärte, Deutschland habe kein Interesse daran, was Russland in und mit der Mandchurie begünne, dann halte ich das für eine sehr große Täuschung. Wie ich die Stellung Deutschlands zu dem japanisch-russischen Striege nicht begreifen konnte, so halte ich auch die jetzige Haltung Deutschlands den

russischen Eroberungsgelüsten in Ostasien

gegenüber für verächtlich. Allerdings will ich nicht etwa für eine aktive Weltpolitik Deutschlands damit eintreten, aber Deutschland könnte doch sein moralisches Gewicht in die Waagschale legen, insbesondere da neben England und Japan auch die Vereinigten Staaten mit großer Sorge auf die Entwicklung in China blicken und keineswegs geneigt sind, Russland gegenüber sich so passiv zu verhalten, wie es von Deutschland geschieht. Gerade durch unsere exponierte Position in Kiautschou können wir eines Tages in große Weltverwickelungen hineingeführt werden, welche die allerhöchsten Opfer von uns erheischen. Wenn erst einmal der russische Würger dort im fernem Osten, so wie er es wünscht, festen Fuß gefaßt hat, dann ist es eine Kleinigkeit für ihn, auch auf Kiautschou seine Pranke zu legen, ohne daß wir irgend etwas dagegen thun könnten. Die Klagen des Herrn Schäbler über die Weltpolitik sind aber sehr inoffensiv. Die Flotte wurde doch gerade für diesen Zweck bewilligt. Dazu kommt, daß Herr Schäbler vor ungefähr ein Monaten ganz anders gesprochen hat. Am 19. Januar 1903 schloß er seine Rede mit

„großer Empfang“, etwa wie bei einem gekrönten Haupt. Im Minimum zwanzig Gendarmen in voller Kriegsgarnitur, Doppelblische nebst Seitengewehr, fassen Posto; die Rolle der Ahtgroßschmiedens übernehmen Fabrikanten oder deren Beamte, die mit dabei sind, die frische Ware in Empfang zu nehmen, die draußen in Wögen oder Bayern ergattert worden ist. Gendarmen voran, Gendarmen hinten, Gendarmen links, rechts und in der Mitte, so halten die „Mausreißer“ ihren Einzug. Schreden malt sich bei manchem „Mausreißer“ auf dem Gesicht, die meisten vertrauen sich nicht aufzubilden, sie scheinen Verständnis für das Erbärmliche ihres Beginns zu haben.

Ein halbes Duzend Streifbrecher, zwanzig Gendarmen und ebenso viele Fabrikbeamte bezw. Unternehmer, sowie eine Schar Reugiriger, ist so ungefähr die Regel bei diesen Aufzügen, die ausnahmsweise nicht verboten sind. Man hört auch in Bürgerkreisen nur eine Stimme über diese Aufzüge, daß sie eine Schande seien, aber nicht für die Ausgesperrten.

Ein andres Bild. Es ist mittags 1/2 12 Uhr. Vom Thüringer Hof aus, dem Bayerischen Hof und vom Kriegslager im Museum neben der — Laurentiuskirche, zieht die bewaffnete Macht ins Occupationsgelände: vor die Industriepaläste. Mit Argusaugen wird die Umgebung beobachtet, Haustüren und Häuser einer eingehenden Betrachtung unterzogen, dann vor Fabrikthoren Halt gemacht. Die Dampffirene ertönt und huch, huch, scheuen Widles, wie das böse Gewissen, jagen die paar Arbeitswilligen dahin. Unmüde Angst, unnütze Eile; niemand will den „Mausreißern“ etwas zu leide thun, niemand kann ihnen etwas anhaben, denn da steht, stramm in Wehr und Waffen wie ein Kriegsgott, der Herr Gendarm, unweit davon ein Kollege.

Nach hier ist Stehenbleiben streng verboten; Bewegung ist „Gesetz“ in Crimmitschau. Eine Epifode. Mit einem Bekannten hatte ich verabredet, in einer Straße, wo zwei große Fabriken sich gegenübersehen, mittags die „Mausreißer“ zu zählen. Scharf umgesehen und die Gefesgeswächter an, als wir so recht langsam daher kamen. Zwischen den beiden Fabrikthoren — es mußte nun jeden Augenblick pfeifen — wurde uns „rochiger“ zu Mute, also heißt es, eine Friedenspfeife in Brand stecken. Natürlich ist das mit Gatterungen verknüpft, die nicht im Geben erledigt werden können. Wir bleiben stehen, um mit deutscher Sorgfalt uns „Sabannas“ anzubrennen. Die Gendarmen interessiert die Sache ungemein; sie kommen näher, nahe, ganz nahe. „Die verfluchte Pfeife“, wettert mein Begleiter, meinte aber nicht die Cigarre, sondern die noch immer stille Dampfpfeife. Auch die verfluchten „Saweben“ wollen nicht brennen, dabei fange ich einen zwischen den beiden Hältern der Ordnung gewesenen Blick auf, der mir befiehlt, daß sie zwar noch nicht unsere Cigarren, dafür aber „Punte gerochen“ haben. Da — es pfeift, wir „ziehen“ und „Äh“, mein Begleiter für das linke, ich für das rechte Thor. — Äh und dreizehn macht vierundzwanzig. So, nur wissen wir es; zwei Duzend „Mausreißer“ in zwei Betrieben, die sonst zusammen 300 Arbeiter beschäftigen. Nachher brachten wir noch in Erfahrung, daß in der einen Fabrik noch vier Wögen, in der andern drei

folgenden Worten: „Verfassungsmäßige Gleichberechtigung, sociale Gerechtigkeit, Freiheit der Religion, das ist die wichtigste Heimatspolitik. Von diesem Herk aus kann der deutsche Kar sich auch ruhig erheben zur Weltpolitik, nicht bestegierig, sondern schägend seine Schwingen ausbreitend, vom Fels zum Meer und über die Meere“ (Hört! hört! bei den Socialdemokraten). Wenn man eine solche Aufmunterung der höchsten Stelle des Reichs giebt im Namen der stärksten Partei, dann darf man sich doch jetzt nicht in solchen Lamentationen ergehen, wie es gestern Herr Schäbler that. Freilich, jetzt kommt den Herren die Beforgnis vor den Konsequenzen ihrer eignen Politik.

Herr Schäbler hat aus der Rede des Schatzsekretärs herauszuringen hören, in nicht zu langer Zeit seien weitere erhebliche Mehrausgaben zu befürchten. Glauben Sie denn wirklich, daß diese Mehrausgaben nicht eintreten werden? Sie wissen so gut wie wir, daß sie kommen werden, aber Sie lassen die Dinge an sich heran kommen, während wir nicht früh genug die Öffentlichkeit warnen können.

Die Thronrede kündigt die

Verlängerung des Duinquennats

um ein Jahr an, ein bisher noch nicht vorgekommenes Verfahren. Jeder Denker weiß, weshalb es gewählt wird. Es ist eben ein Ding der Unmöglichkeit, angesichts der traurigen finanziellen Lage mit einer neuen Militärvorlage zu kommen, die mehrere Duzend Millionen kosten wird. Wir haben noch keine Septennatsvorlage ohne Vermehrung der Armee gehabt. Von dieser schönen Gewohnheit wird auch im nächsten Jahre sicher nicht abgegangen werden. Die Militärverwaltung glaubt mindestens 7000 Mann gut zu haben und verweist außerdem auf die Vermehrung der Bevölkerung. Angesichts der Finanzlage ist es nur ein Akt einfacher Klugheit, wenn man die militärischen Forderungen um ein Jahr verschiebt in der Hoffnung, daß mittlerweile die neuen Handelsverträge auf Grund des neuen Zolltarifs erhebliche Mehreinnahmen schaffen. Die verschiedensten lustspieligen Pläne schweben in der Luft, wofür die Militärschriftsteller in der Tagespresse jetzt schon Stimmung zu machen suchen. Gedacht wird vor allem an eine Vermehrung der Kavallerie. Auch für die Artillerie ist von neuer Ausrüstung die Rede. Vor wenigen Jahren ist eine Artillerievorlage von 144 Millionen Mark angenommen worden, und nun stellt es sich heraus, daß unser gesamtes Artilleriematerial im Kriegsfalle unterwerthig ist.

Kopfschmerz bei der Artilleriebewaffnung.

Somit ist man gewohnt, daß Militärverwaltungen ihre Pläne aufs sorgfältigste vorbereiten. Aber wie man damals 1896 und die Artillerievorlage vorlegen konnte, während schon damals die ersten Gegenpläne des neuen Wehrkräften-Geschäftes vorhanden waren, ist unbegreiflich. Wegen solche Leichtfertigkeit kann der Reichstag nicht energisch genug protestieren, ehe eine solche Sitte auch auf andern Gebieten einreißt. Da ist es kein Wunder, wenn man in militärischen Kreisen glaubt, der Reichstag bestche aus großen Kindern, denen man vormachen könne, was man wolle. Unsere Partei trifft dieser Vorwurf nicht. Zugleich ist damals die neue Feldhaubitze eingeführt worden, über deren Leistungsfähigkeit uns damals in der Budgetkommission Wunderdinge erzählt worden sind. Heute erklärt ein Fachmann wie der Generalleutnant v. Alten sie für ein ganz unbrauchbares Geschütz, dessen Einführung ein Wunder sei. Auf 100 Schuß lämen höchstens zwei Treffer, 30 Centner Blei müßten für jeden Treffer verschossen werden usw. (Wiederholtes lebhaftes Hört! Hört! bei den Socialdemokraten.) In welchem Maße muß das Ansehen Deutschlands bei den auswärtigen Militärmächten diskreditiert werden, wenn solche Thatfachen bekannt werden. Ueber die großen Kavallerie-Katzen der letzten Wandervers ist die ganze Presse in Aufbruch, aber an der entscheidenden Stelle legt man auf solche Kritik kein Gewicht. Ferner soll das Infanteriegewehr von 98, das noch in der Einführung begriffen ist, durch ein weit besseres, einen sogenannten Selbstlader ersetzt werden. Wenn erst eine Armee damit anfänge, müßten alle andern folgen, denn keine Vorzüge seien zu groß. Das sind Zustände, die sich aus der Natur des Militarismus selbst ergeben. Auf seinem Gebiete werden alle Mittel der Wissenschaft und Technik so in Anwendung gebracht, als bei den Menschen-Verstärkungsmaschinen, selbst unter den größten materiellen Opfern. Ständig befindet sich die ganze Militär- und Marineverwaltung in einer völligen Revolutionierung, deren Ende gar nicht abzusehen ist. Man braucht nur einen Blick in diese Bücher und Schriften zu werfen, welche Gärung, welche

Unzufriedenheit in der ganzen Armee

infolge der fortwährenden Änderungen, besonders beim Offiziercorps, eingerissen ist; immerzu neue Uniformen, Schnüre usw., die großen Ausgaben für großartig ausgestaltete Manöver. Die

junge Burden und zwei Männer arbeiten, die aber nicht aus der Fronte herausdürfen; weder bei Tag noch bei Nacht. Sie schlafen, essen und streifbrechen im Fabrikgebäude.

Streifbrecher von auswärts, die gelehrte Textilarbeiter sind, haben einen Vorzug, sie dürfen in der Unternehmervilla auf dem Dachboden schlafen. Die bürgerliche Presse weiß von zwoßthundert Arbeitswilligen zu berichten. Nehmen wir an, die Zahl summe, so will das noch nichts besagen bei einem Bedarf von über 7000 Arbeitern. Aber unter dieser Zahl Arbeitswilligen sind die Meister mit eingerechnet, ein großer Teil des Restes sind Maurer, Erdarbeiter usw., Leute, mit denen nach einmüßigem Urteil der Ausgesperrten eine halbwegs in Betracht kommende Produktion gar nicht möglich ist. Daß Ausgesperrte in immer größerer Zahl sich zur Arbeit melden, ist bis jetzt nicht wahr. Zahl und Namen der heimlichen Arbeitswilligen sind dem Streifbureau genau bekannt.

Die Stimmung der Ausgesperrten ist immer noch eine vorzügliche. Seit Beginn des Kampfes weile ich allwöchentlich einmal in Crimmitschau, kenne daher das Stimmungsbild. Es steht noch auf beständig. Gewiß, die Arbeiter leiden große Entbehrungen, denn fünfzehn Wochen mit einer geringen Unterstützung sich behelfen müssen, zumal noch im Winter, ist eine bewunderswerte Leistung. Wer unter den Crimmitschauer Ausgesperrten gewellt hat, er scheidet von ihnen mit größter Hochachtung. In manchem Kampfe habe ich Arbeitermassen achten und schätzen gelernt; die Crimmitschauer Textilproletarier zwingen zur rückfalllosen Nachahmung. Die deutsche Arbeiterschaft hat in glänzender Solidaritätsbethätigung — die hoffentlich nicht erlöschet — den Crimmitschauern auch ihre Anerkennung gezollt.

Schwer lastet der behördliche Druck auf den Ausgesperrten; ihre öffentlichen und ihre Kontrollversammlungen sind verboten, die Auszahlung der Unterstützungen in unerträglichster Weise erschwert, Strafmandate und Anklagen hagelt es förmlich. Das politische bankrotte Ministerium Reichs, dem das sächsische Volk im Juni d. J. das Urteil mitgesprochen hat, will durch die polizeiliche Niederzwingung der Crimmitschauer Arbeiter sich bei der herrschenden Klasse wieder in Position bringen. 7000 um eine dringende notwendige Verklärung der Arbeitszeit in streng gesetzlicher Weise ringende Proletarier sollen der heutigen sächsischen Regierungreaktion wieder in den Sattel helfen.

Was mögen die nächsten Tage bringen? Man kann sich auf noch Tolleres gefaßt machen, als schon geschehen ist. Das Ministerium Reichs braucht einen Erfolg; den Unternehmern brennt das Feuer unter den Nägeln und sie verstehen sich gut zusammen, die sächsische Regierung und das Ausbeutercum. Klassenstaat! Möge bald deine Stunde schlagen. g. sch.

\* Es ist mittlerweile durch das Klage-Mündschreiben des Unternehmerns bekannt geworden, daß die Zahl der Streifbrecher sich auf höchstens 750 beläuft.



Paraden werden allmählich geradezu in unheimlicher Weise bevorzugen! Nicht nur nach dem Manöver, wie früher, sondern schon vorher werden jetzt Paraden abgehalten. Unter ungeheuren Kosten werden Truppen an Ort und Stelle transportiert und dann wieder zurück, weil die Manövergelände ganz wo anders liegen. Die Manöver selbst sind für den Zuschauer ganz hübsch, aber für den Kriegsgeldgeber ganz unnützlich und schädlich. Für die Paraden bei Erfurt sind zahlreiche Soldaten ein Jahr vorher tätig gewesen, um das Terrain zu planieren. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Man hat ein Jahr lang Bestreben entfesselt, eine breite Heerstraße zum Anmarsch erbaut. Wo stehen im Etat die Posten für derartige Dinge? Da könnten wir doch wohl mit kürzerer Dienstzeit auskommen; die wirklich kriegsmäßige Ausbildung würde kaum ein Viertel der Zeit beanspruchen. Alles andre behalte ich mir für den Militäretat vor.

In der Presse wird ja auch für die

#### Schaffung eines Doppel-Schlachtgeschwaders

Propaganda gemacht. Es gehen Gerüchte um, daß an den Instituten, die mit unserer Militär- und Marineverwaltung in Verbindung stehen, Personen bis in sehr hohe Kreise hinein finanziell beteiligt sind. Beweisen kann man es ja nicht, ich konstatiere also nur, daß solche Gerüchte umgehen.

Ich kann keine Beweise für die Wahrheit dieser Gerüchte erbringen. Ich konstatiere nur, daß sie im Umlauf sind. Es unterliegt für mich keinem Zweifel, daß, wenn es die Finanzlage nur irgend zuläßt, solche Anforderungen nach einem neuen Flottenschlachtgeschwader gestellt werden werden. (Sehr richtig! links.) Man wartet nur auf den Postarat. Aber ich bin überzeugt, zu solchen Plänen genügen die Einnahmen aus dem Postarat nicht, da reichen die zu erwartenden Mittel nicht aus und man wird zu Anleihen greifen oder

#### neue Einnahmequellen

erschließen müssen. Nun sind ja solche Einnahmequellen vorhanden; bei unsern reichen Klassen. (Sehr richtig! links.) Die haben es aber verstanden, sich bisher allen Verpflichtungen gegenüber dem Reich zu entziehen. Zur Schande unsrer bestehenden Klassen sei es gesagt, wenn es galt, finanzielle Opfer für den Staat zu bringen, unsere Besitzenden haben stets beiseite gestanden. (Lebhaftes Ho! rechts, lebhaftes Sehr richtig! links.) Jawohl, immer haben sich unsere Besitzenden gedrückt. (Erneute Chorufe rechts, Beifall links.) Und werden etwa unsere Besitzenden getroffen, wenn der Tabak und das Bier mehr bluten müssen? Es wird zu einer neuen Tabaksteuer kommen und ich fürchte, auch das Centrum wird schließlich Ja sagen. Mit einer weiteren Besteuerung des Tabaks wird dem Tabakmonopol der Weg geebnet. (Sehr richtig! links.) Man sagt, man müsse die direkten Steuern den Einzelstaaten überlassen, damit diese ihre Kulturaufgaben erfüllen können. Sehr schön. Wenn aber die bestehenden Klassen in dem Maße zu Steuern herangezogen würden, wie jetzt die arbeitenden Klassen, dann würden noch ganz erhebliche Mittel für das Reich übrig bleiben. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Freilich, wenn die bestehenden Klassen aus ihrer eignen Laide die Ausgaben für Flotte und Heer bezahlten müßten, dann würden sie sich deren Bewilligung noch sehr überlegen. Heute aber kommen alle Vorteile dieser Institutionen den bestehenden Klassen zu gute, während alle Nachteile auf den Schultern der Beschäftigten ruhen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

#### Die Steuerhosen der Reichen.

Preußen hat ja eine Einkommensteuer, die freilich erst das Herrenhaus gegen die aus bürgerlichen Vertretern bestehende Zweite Kammer durchgesetzt hat. Die Einkünfte daraus betragen aber durchschnittlich pro Jahr nur 190 Millionen Mark. England zieht aus seiner Einkommensteuer jährlich die schöne Summe von 785 Millionen. Gewiß ist England ein ungleich reicheres Land, aber selbst zugegeben, daß es dreimal so reich ist, ist doch sein Ertrag aus dieser Steuer erheblich höher. Ebenso ist der Ertrag, den Frankreich und England aus ihrer Erbschaftsteuer ziehen, viel höher wie der Preußens. Es wäre eine Kleinigkeit, aus den Löhnen unsrer bestehenden Klassen für das Reich mindestens 300 Millionen Mark herauszuholen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Freilich dann würde die Situation mit einem Schlag verändert werden. Während man sich aber gegen eine Reichs- und Einkommen- und Erbschaftsteuer auf das entschiedenste wehrt, plant man jetzt

#### eine Wehrsteuer,

die ihrer ganzen Natur nach eine direkte Steuer ist, welche vor allem die armen Leute trifft. Es hat mich nicht überrascht, als gestern Herr Schäbler für seine Person erklärte, daß er einer Wehrsteuer nicht abgeneigt sei, deren Erträge er für Veteranenbeihilfen verwenden wollte. Herr Schäbler weiß so gut wie ich, daß, wenn wir eine solche Steuer bewilligen, diese dann in den allgemeinen Reichsetat fließt, und wenn auch, um nach außen das Defizit zu wahren, ein Teil davon vielleicht für Veteranenbeihilfen verwendet wird, so wird doch der größte Teil von neuen Ausgaben für Heer und Flotte in Anspruch genommen werden. 1881 hat der Reichstag eine derartige Vorlage mit ungeheurer Mehrheit aus dem Centrum heraus abgelehnt. Daß inzwischen die Stimmung des Centrums eine andre geworden ist, war mir freilich nicht unbekannt, haben sich doch auch bayrische Centrumsblätter dahin ausgesprochen, daß eine solche Steuer ganz acceptabel wäre. Da ist es ganz angebracht, auf die Ausführungen hinzuweisen, mit denen seiner Zeit der Führer des Centrums Herr v. Schorlemer-Alst eine solche Steuer bekämpfte. Er betonte, daß es sich dabei um eine neue direkte, recht drückende Einkommensteuer handle, die namentlich die ländliche Bevölkerung schwer belaste und die ärmeren Klassen mehr treffe als die andern.

Dieses Urteil ist durchaus richtig. Die Wehrsteuer schöpft ihre Haupterträge aus den ärmeren Klassen. Damit steht sie auch in Widerspruch zu dem Steuerprogramm, das zur Zeit der Flottenvorlage das Centrum selber aufgestellt hat. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Heber die

#### Aussichten auf neue Handelsverträge

enthält die Thronrede nur eine sehr dürftige Bemerkung. In der Nacht von Sonntag zu Montag wird gerade ein Jahr vergangen sein, daß der neue Zolltarif mit großer Mehrheit nach einer achtzehnstündigen Sitzung angenommen wurde. Wie groß war da Ihr Jubel. (Heiterkeit.) Es war Ihnen eine welterschütternde That, als mit allen Mitteln der Gewalt die Minorität niedergeschlagen, als mit Geschäftsordnungsdrücken der Zolltarif durchgesetzt worden war. Und dann säumten die Herren auf die Tribüne zum Grafen Bülow, zum Grafen Posadowski, und das war ein Händeschütteln, das gar kein Ende nehmen wollte. (Große Heiterkeit.) Es sah so aus, als ob dem Reichstage in den nächsten 14 Tagen ein ganzes Bouquet neuer Handelsverträge auf Grund des neuen Tarifs vorgelegt werden würde. Bis heute aber warten wir vergebens!

In den Ocean schiffen mit tausend Matrosen der Jüngling, Still auf getrettem Boot treibt in den Hafen der Greis". (Große, altseltige Heiterkeit.) Und wie wurde der Abschluß des Zolltarifs vom Regierungstisch aus gefeiert?

Ebenso klug es aus den Reden der damaligen Majorität. Wer daran zweifelte, daß wir auf Grund des neuen Tarifs überhaupt Handelsverträge bekommen können, der wurde verhöhnt, verspottet. Man mußte glauben, daß die umliegenden Nationen nur darauf warteten, Deutschland höhere Zölle zu zahlen. Heute aber ist der magere Satz in der Thronrede wohl nur anstandslos aufgenommen worden, weil man etwas sagen mußte. Thatsächlich ist alles so gekommen, wie wir es vorausgesagt haben.

#### Die Zollverletzung des Auslands.

Es ist keine Aussicht vorhanden, daß Handelsverträge in annehmbarer Form zu Stande kommen und weiter hat das Beispiel Deutschlands die höchste Nachahmung bei den andern Nationen gefunden. Trotz der energischen Opposition meiner Freunde hat das Schweizerdolt mit Zweidrittelmehrheit einen Zolltarif mit erhöhten Sätzen angenommen. Aber die ausdrückliche Motivierung war dabei, daß die Schweiz angesichts des Vorgehens von Deutschland nicht zurück-

bleiben dürfe, sich eine Waffe der Rottwehre zu schmieden. Das geschieht in einem Lande, mit dem wir bisher die ausgezeichnetsten Geschäfte gemacht haben. Von Jahr zu Jahr ist unsere Ausfuhr nach der Schweiz gewachsen, die der Schweiz aber zurückgegangen, so daß unsere Handelsbilanz der kleinen Schweiz gegenüber 110 Millionen Mark beträgt. Das Vorgehen Deutschlands hat aber auch die Schutzollbewegung in England in Fluß gebracht. Seit Jahren hat der Schutzoll in England eine kleine Anhängerenschaft, die aber bei der ungeheuren Mehrheit des Volkes kein Ohr fand. Erst der neue Tarif Deutschlands hat Chamberlain zum Mann der Situation gemacht. (Sehr richtig! links.) Er hat zu demselben Mittel wie Bismarck 1878 gegriffen; ich bin überzeugt, mit demselben Erfolg. Jetzt ist Großbritannien der beste Kunde, den wir in der Welt haben. Die englische Einfuhr nach Deutschland ist mit Ausnahme des Jahres 1900 ständig gefallen und von 826 Mill. auf 611 Mill. Mark im letzten Jahre zurückgegangen. Hingegen ist die Ausfuhr Deutschlands nach England ständig gewachsen; sie ist allmählich gestiegen von Jahr zu Jahr bis zu der kolossalen Summe von 965 Millionen Mark, so daß die aktive Handelsbilanz Deutschlands gegenüber England sich auf rund 355 Millionen Mark beläuft, eine geschäftliche Situation, wie sie großartiger nicht gedacht werden kann.

#### Der Katenjammer der Heberzöllner.

Es ist erstaunlich, mit welcher Ernüchterung selbst die „Arenz-Zeitung“ dem Abschluß neuer Handelsverträge gegenübersteht. Zu Beginn des Jahres war jeder Monat ohne Handelsverträge auf Grund des neuen Zolltarifs ein Unglück für Deutschland, insbesondere für die deutsche Landwirtschaft, und heute schreibt die „Arenz-Zeitung“, es wäre von weltlicher Bedeutung, wenn es gelänge, schon für die neue Session einen neuen Handelsvertrag herzustellen. Aber gar so eilig braucht es Deutschland nicht zu haben. Wenn Dastan würde nichts Verständiges herauskommen. Ah, die Verschidenheit gegenüber vor neuem Monaten! Ich weiß nicht, was vorgefallen ist, welche Informationen man auf der Redaktion der „Arenz-Zeitung“ hat, aber es müssen sehr gewichtige und bedenkliche gewesen sein, daß man dort zu solchen Ansichten kommt. Auch die Verhandlungen mit Rußland sind doch trotz aller Schönfärbereien nicht glücklich vorgeschritten. Das offiziöse Organ Rußlands erklärt, an einen baldigen Abschluß sei gar nicht zu denken. Die Chancen seien gleich Null. Sie werden sagen, Rußland sei am meisten interessiert, da es eine aktive Handelsbilanz gegenüber Deutschland habe. Rußland aber weiß, daß es andre Abnehmer findet, und daß wir auf seinen Markt angewiesen sind und daß es ruhig warten kann. Die Situation ist so zerfahren wie möglich. Und es ist möglicherweise diesem Zustande zuzuschreiben, daß plötzlich die Vorliebe für

#### Schiffahrtsabgaben

in der agrarischen Presse wachgerufen worden ist. Ich richte an den Herrn Reichskanzler die direkte Frage, ob er oder irgend eine Regierung mit dem Plane umgeht, irgend eine Schiffahrtsabgabe auf den deutschen Strömen einzuführen? Die Rheinschiffahrtsakte vom 8. Oktober 1868 mit der Schweiz und Belgien, ähnliche Verträge über die Donau und Elbe mit Oesterreich hindern uns, die ausländischen Schiffe zu besteuern; nur für die deutschen Schiffe im Binnenverkehr könnten Abgaben eingeführt werden; aber dadurch würde die deutsche Schiffahrt schwer geschädigt. Und trotzdem diese ganze Agitation, entgegen den Verträgen, entgegen dem klaren Artikel 34 der Reichsverfassung, gestiftet auf ihre Zustimmung zur Erhebung von Abgaben bei Schiffbarmachung der Unterweser bei Bremen. Ich will nur noch darauf hinweisen, daß der badische Minister ausdrücklich erklärt hat, ein entschiedener Gegner der Schiffahrtsabgaben zu sein und sie für ungesetzlich hält. Redner wünscht, daß auch von der Regierung im Reichstage eine derartige Erklärung abgegeben würde.

Die Thronrede kommt dann auf die

#### socialpolitischen Aufgaben

zu sprechen. Am 20. Januar d. J. gab der Herr Reichskanzler sein sociales Programm nicht nur für sich, sondern auch für den Kaiser und die verbündeten Regierungen ab: „Die Aufgabe dieses Jahrhunderts sei der Ausbau der socialen Gesetzgebung. Seine Majestät sei davon durchdrungen, daß die Arbeiter gleichberechtigt sein sollen mit den andern Klassen und daß diese Gleichberechtigung im Geiste ihren Ausdruck finden soll.“ Selbstverständlich streben auch wir unauzgesetzt nach Gleichberechtigung der Arbeiter, aber wo ist die Gleichberechtigung bei den preussischen Landtagswahlen? Gleichberechtigung auf staatslichem und wirtschaftlichem Gebiete gehört zusammen.

Wir haben in diesem Jahre eine solche Fülle socialpolitischer Anfragen und Anregungen von den bürgerlichen Parteien bekommen, wie kaum je zuvor. Es scheint, daß die drei Millionen socialdemokratischer Stimmen den Herren doch einigermassen in die Glieder gefahren sind. Sie wollen die Arbeiter mit goldenen Reichthümern und silbernen Warteiseln hinhalten. Alle diese Anträge beweisen, wie viel noch notwendig wäre und wie wenig erst geleistet ist. Sie sprechen dafür, daß unsere Kritik an den socialen Zuständen vollständig berechtigt ist. Es giebt eine ganze Reihe von Fragen, die ohne jede materielle Anforderung zu lösen sind, so z. B. die rechtliche Stellung der Berufsvereine. Aber alle unsre dahingehenden Anträge sind bisher stets in den Papierkorb gewandert. Wir erwarten nunmehr auf Grund der Verprechungen des Herrn Reichskanzlers vom 20. Januar 1903 und auf Grund der Thronrede, daß etwas mehr Feuer dahinter gemacht wird. Wenn es nach mir ginge — ich spreche hier im Namen meiner Freunde — so müßte in einen solchen Entwurf die Bestimmung hineinkommen, daß jeder deutsche Arbeiter, so wie einer Krankenkasse, auch einem Berufsverein angehören muß. Eine ganze Reihe von Kämpfen zwischen Arbeiterorganisationen und Unternehmern, die heute notwendig sind, würden dann vermieden werden. Es ist eine ganz irige Auffassung, wenn behauptet wird, die Socialdemokratie bezwecke die Gewerkschaften, die man beliebt socialdemokratisch zu nennen, hätten nichts Besseres zu thun, als fortgesetzt große Kämpfe und große Arbeitseinstellungen zu provozieren. Im Gegentheil: unbekannt unsrer Stellung zur bürgerlichen Gesellschaft und zu unsrem Ziele: Umwandlung derselben in eine socialistische, haben wir doch das Bestreben, wo irgend möglich einen friedlichen Ausgleich zwischen Unternehmern und Arbeitern herbeizuführen. (Abg. Pauli: Sehr gut!) Ist Ihnen das denn neu? Dann haben Sie sich sehr wenig um unsre Bestrebungen gekümmert oder Sie haben Ihre Kenntnis nur aus Fernebildern. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Besondere Entrüstung, ja Empörung, muß in der Arbeiterschaft die Auslegung der §§ 152 und 153 der Gewerbe-Ordnung erregen, sowie die

#### unglaubliche Auslegung des Censurparagraffen.

Inausgeseht müssen große, organisierte Arbeitergruppen um das ihnen gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht bis aufs äußerste kämpfen. Das Recht wird ihnen besonders von den Unternehmern in schroffster Weise genommen. Diese Erfahrung haben in diesem Jahre wieder große Bezirke in Deutschland machen müssen. Ich erinnere nur an die Kämpfe in Hirschhorn, Firmasens, Bremerhaven usw., wo nach wochenlangem Ringen Tausende von Arbeitern mit ihren Familien dem Elend preisgegeben wurden, weil die Unternehmer mit brutaler Anwendung ihrer socialen Gewalt verlangen, daß die Arbeiter aus ihren Fachorganisationen austreten. Das ist eine Brutalität sondergleichen. (Unruhe rechts. Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Und das alles schimmelt ist, wenn dann infolge der Erbitterung und des Hasses, die notwendig aus derartigen Maßregeln hervorgehen, kleine Gesetzesübertretungen stattfinden und Polizei und Staatsanwalt die Arbeiter auf die Anlagelbahn zerren und mit schweren Strafen belegen, während die Unternehmer, welche die Kämpfe provoziert, den Haß und die Erbitterung erregt haben, frei ausgehen und noch von Polizei und Gerichten in Schutz genommen werden. Diesen Zustand der Dinge können sich die deutschen Arbeiter auf die Dauer unmöglich gefallen lassen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Was man deutschen Arbeitern zu vielen wagt, dafür nur ein Beispiel.

#### Ein Unternehmerstücklein.

In Weihen, wo die Töpferei-Industrie sehr hoch entwickelt ist, wird an die Arbeiter die Anforderung gerichtet, sie sollten aus ihrem Verbands austreten, widrigenfalls sie indigest auf die Straße geworfen würden. Zu meiner großen Ueberraschung folgten die Arbeiter dieser brutalen Forderung, sie traten einmütig aus. Und was geschieht? Ihnen wird trotzdem am vorigen Sonntag gefällig, und sie werden jetzt kurz vor Weihnachten aufs Pflaster geworfen. (Hört! hört! und Prur-Rufe bei den Socialdemokraten.) Kann es etwas Gemeineres, Niederträchtigeres, etwas Vorträchtigeres und Christlicheres geben? (Große Unruhe rechts, lebhaftes Bravo! bei den Socialdemokraten.) Wenn Justizausgesetze an der Ordnung wären — hier wären sie am Plage gegen diese elenden Männer. Und derartige Beispiele kommen von Jahr zu Jahr in Deutschland an allen Ecken und Enden vor. Sie haben keinen Begriff davon, welche Gemüthsstimmung die Hunderttausende von Arbeitern erfaßt, die in dieser Weise behandelt werden. Aus solchen Thaten heraus ist allerdings das Sie erschreckende Anwachsen der Socialdemokratie durchaus erklärlich. In

#### Crimmitschau

siehen jetzt 7000 Arbeiter in der sechzehnten Woche im Streik. Die Arbeiter sind ausgeperrt worden, weil sie eine Verlängerung der Arbeitszeit von elf auf zehn Stunden, eine Verlängerung der Mittagspause von einer Stunde auf anderthalb Stunden und eine Lohnerhöhung von fünf bis zehn Prozent gefordert hatten. Die Löhne in Crimmitschau sind schlecht. Selbst die „Königliche Zeitung“ hat darauf hingewiesen, daß im Rheinland höhere Löhne gezahlt werden. Die Arbeitgeber haben bei der Ausperrung von ihrer Macht Gebrauch gemacht. Sie haben den Arbeitern den Krieg erklärt. In diesem Krieg aber müssen nun auch die Waffen gleich sein. Es ist die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit des Staates und der Behörden, daß sie sich neutral verhalten. (Sehr richtig! links.) Die Crimmitschauer Behörden haben sich aber zu Gunsten der Arbeitgeber in unerhörter Weise gemischt. Die paar Arbeitgeber haben es leicht, sich zu verläubigen. Die Tausende von Arbeitern müssen aber in Massenversammlungen zusammenkommen und dieses Zusammenkommen wird ihnen jetzt unmöglich gemacht. (Wutrufe links.) Wir sind das ja von Sachsin gewohnt. Mir ist kein Fall bekannt, daß ein höherer sächsischer Staatsbeamter einmal auf Seiten der Arbeiter getreten wäre, immer auf Seite der Unternehmer, Unterdrücker und Ausbeuter. (Lebhafter Widerspruch rechts und auf der linken Bundesratsseite, lebhafter Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Anfangs hat ja der Crimmitschauer Bürgermeister vermitteln wollen, die Arbeitgeber haben es zurückgewiesen, ebenso wie eine Vermittelung des Gewerbegerichts. (Hört! hört! links.) Ausschreitungen sind dabei so gut wie gar nicht vorgekommen. Ich kann Ihnen (nach rechts) nur sagen, die Selbstbeherrschung, welche die Crimmitschauer Arbeiter bewiesen haben, hätten Sie in ähnlichen Fällen nicht beobachtet. (Lebhafter Unruhe rechts, Zustimmung links.) Man ist zu einer neuen Ausweisung der Säge geschritten; Säge, die nach behördlicher Schätzung für 1000 Personen Raum bieten, sollen jetzt nur für 900 Personen Platz haben, gerade als ob die Arbeiter während der langen Hungerwochen um so viel dicker geworden wären. (Sehr gut! links.) Zu solchen Mitteln greifen die

#### Behörden gegen die armen Arbeiter.

Die Folge davon war, daß sich die gesamte deutsche Arbeiterschaft mit den Crimmitschauer Genossen solidarisch erklärt hat und die Unterstützungsgelder, je länger der Streik dauerte, erhöht werden konnten. Das Vorgehen der Behörden ist ja erklärlich, wenn man hört, daß der Bürgermeister von Crimmitschau der Schwiegersohn eines der reichsten Fabrikanten ist. (Hört! hört! links, lebhafter Unruhe rechts, daß ein großer Teil der Fabrikanten in der Stadtberordnetenversammlung und im Stadtrat sitzt. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) In den letzten Tagen ist nun ein Ullas der Amtshauptmannschaft ergangen, in dem jedes Tanzvergnügen, jede Versammlung untersagt, so zu sagen der

#### keine Belagerungszustand

über Crimmitschau verhängt wird. Mit Gewalt will man die Arbeiter unter die Fäuste der Unternehmer drücken. Man hofft, daß sie nutzlos werden, wenn sie sich nicht mehr gegenseitig in Versammlungen aufheitern können. Ist das nicht scandalös, ist das nicht ein Mißbrauch der Amtsgewalt? (Lebhafter Unruhe rechts, Zustimmung links.) Die Auszahlung der Unterstützungsgelder geschieht in zahlreichen Lokalen, aber trotz der vielen Lokale sind natürlich Anstimmungen dabei nicht ganz zu vermeiden. Von der Polizei wird aber jede Ansammlung vor den Thüren verboten, und in den Zalen dürfen außer dem Komitee nicht mehr wie sechs Streikende zur Empfangnahme der Gelder auf einmal sich aufhalten. In jedem Lokal sind zwei Gendarmen postiert, welche diesen sechs Leuten sogar jede Unterhaltung verbieten. (Lebhafter Wutrufe links.) Das ist scandalös, das ist mit einem Worte echt sächsisch. (Lebhafter Zustimmung links.) Der sächsische Geheimrat Fischer, der am linken Bundesratsstische sitzt, gerät in lebhafter Kontroverse mit den unter ihm sitzenden socialdemokratischen Abgeordneten. Die Zwischenrufe werden so laut, daß die Stimme des Redners überhört und Vicepräsident Paasche heftig die Glocke schwingen muß, um die Ruhe wiederherzustellen.) Man hat die

#### Zugblätter der Arbeiter konfiszieren,

sie selbst ins Gefängnis geworfen, aber als ein Fabrikant einen Arbeiter anfaßt und ihm seinen Rod zerriß, hat der Staatsanwalt ein Einschreiten abgelehnt. Empörende Zustände für die sächsische Arbeiterklasse! Käme wieder ein 10. Juni, die Regierung würde noch eine ganz andre Antwort bekommen. Die sächsische Regierung hat noch nicht genug, es muß noch besser kommen. Die Fabrikanten suchen Streikbrecher in der ganzen Welt, das nehme ich ihnen nicht übel, aber daß sie mit betrügerischen Mitteln vorgehen, ist empörend. Hier habe ich Briefe von Arbeitern, die erklären, daß sie schmählich getäuscht worden sind! Tausende von Arbeitern hungern; daß sie das um ihrer Ehre willen thun, verdient unsere Hochachtung. Viel mehr moralischer Mut, angesichts der Frauen und Kinder hungern zu müssen, als in der Schlacht vor die Mündungen der Gewehre zu treten. Und was wird weiter die Folge sein? Das sociale wirtschaftliche Leben Crimmitschaus wird vollständig vernichtet, Hunderte und Aberhunderte von kleinen Geschäftslenten gehen bankrott, die Hauswirthe bekommen keine Miete, die Industrie hat den schwersten Schaden. Die Hartnäckigkeit des Unternehmertums, wo die Textilindustrie wie nie blüht, ist unbegreiflich. Dabei ist alle Erfahrung dafür, daß die Abkürzung der Arbeitszeit von elf auf zehn Stunden keinen Schaden bringt, keine einzige Industrie der Welt ist bis heute durch Arbeiterschutz-Maßregeln in ihrem Bestande angetastet worden, sondern, sobald sie sich angepaßt hat, florirt sie, wie nie. Die Unternehmer sagen: Gegen den Zehn-Stundentag hätten wir nichts, aber er müßte gesetzlich für alle eingeführt werden. Jawohl, wenn wir hier einen Antrag einbringen, stimmen sie, die Unternehmer, ihn nieder und dann verlangen sie ihn. England hat den Zehn-Stundentag schon seit 1844 und heute beträgt die Arbeitszeit in der Textilindustrie 60—52 Stunden gegenüber den 68 Stunden in Deutschland.

Der Herr Graf Bülow hat in seiner Rede vom Januar dieses Jahres auf ein Marginale des Kaisers hingewiesen:

#### Ah, hätten wir doch einen Millerand!

Warum will denn Herr Graf Bülow selber kein Millerand werden? (Stürmische Heiterkeit.) Es wäre doch gar nicht so schwer. Die Arbeitszeit in den französischen Fabriken beträgt vom 1. April 1904 ab zehn Stunden als gesetzlicher Normalarbeitszeit. Nun brauchte Graf Bülow ja bloß eine Vorlage dieser Art einzubringen. Aber nein, bei seinen eignen Kollegen würde er Wider-



stand finden. Keinen eifrigeren Gegner hat der Jehn-  
lundentag als Herrn Müller. Die Crimmitschauer Arbeiter  
haben sich in sehr bescheidenen Grenzen gehalten und  
die Unternehmer hätten ihre Forderungen ohne weiteres acceptieren  
müssen, statt die ganze Crimmitschauer Industrie so zu schädigen,  
daß sie es niemals wieder einholen kann. Daß aber die Behörden  
in einseitiger, parteiischer Weise eingreifen, muß in energischer  
und entschiedener Weise zurückgewiesen werden. Bei der gelegentlichen  
Einführung solcher Bestimmungen, wie ich sie vorschlage, würden die  
Unternehmer sicher sein, daß sie mit allen andern Unternehmern  
unter gleichen Bedingungen konkurrieren. Hier liegt ein Gebiet, das  
seiner Regelung dringender bedarf. Jetzt hat auch das Centrum  
einen dahingehenden Antrag eingebracht.

Wer aber hat daselbe seit 19 Jahren vergeblich gefordert?  
Wir, die Socialdemokraten. Seit 1884 haben wir fortgesetzt derartige  
Entwürfe eingebracht und Sie (zum Centrum) haben sie abgelehnt.  
Jetzt endlich begreifen Sie, daß es auf diesem Wege nicht länger  
geht. Wir müssen verlangen, daß endlich einmal die deutsche  
Arbeiterklasse eine Stellung im Staate erlangt, wie sie ihr zukommt,  
die Arbeiter sind die Grundfrage unserer heutigen Gesellschafts-  
ordnung, diese kann weit eher 30 000 Köpfe aus den oberen Gesell-  
schaftskreisen entbehren, als 30 000 Arbeiter. —  
Freilich, wer Deutschland nur von außen ansieht, der könnte  
bei den

permanenten Festlichkeiten und großartigen Empfängen,  
die bei allen möglichen Gelegenheiten veranstaltet werden, auf den  
Gedanken kommen, das deutsche Volk schwimme in Reichtum und  
Ueberschuss. Auch das sieht man, immer weiteren Kreisen des Volkes über-  
sichtlich zu werden. Und dabei auf der andern Seite ein Servilismus,  
eine Schmeichelei, eine Hundedemut nach oben, wie sie schimmer  
nicht gedacht werden kann. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.)  
Etwas Neuliches findet sich nur in der Geschichte des verfallenden  
Roms. Auch unsere Stellung nach außen in der Welt ist keineswegs  
so, wie man sie sich wünschen könnte. Hans Dampf in allen Gassen  
wollen wir freilich nicht sein, aber das Deutsche Reich als eine der  
ersten Kulturnationen hätte doch alle Ursache, andern Nationen  
gegenüber sich in seiner Stellung einermessen zu fühlen. Ich bin der  
Meinung, daß die Venezuela-Affäre keineswegs zu unserer Genugthuung  
ausgegangen ist, sie hat so geendet, wie sie eigentlich hätte anfangen sollen.  
Man hätte die ganze Sache von vornherein vor das Haager Schieds-  
gericht verweisen sollen. Es entspricht auch in E. wenig der  
Würde Deutschlands, wenn man mit allerhand Geschenken andern  
Nationen gegenüber so besonders freigebig ist, und wenn man z. B.  
den Vereinigten Staaten von Nordamerika förmlich nachläßt und  
ihnen alle erdenklichen Geschenke an den Hals wirft, für die sie  
allein Ansehen nach nicht einmal das richtige Gefühl der Empfäng-  
lichkeit haben. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.)

Der offizielle Empfang Vanderbilts.  
Und was soll es heißen, daß der junge Cornelius Vanderbilt,  
der in diesem Jahre eine Spazierfahrt über den Ocean machte,  
in Westpreußen von den Spitzen der Behörden begrüßt  
werden mußte. Ich habe über solche Zustände ein Kopfschütteln  
in Kreisen gefunden, die nicht socialistisch sind. Was geht uns denn  
dieses Bärläuschen an? Was hat dieser Cornelius Vanderbilt dem  
eigentlich für Verdienste? Ein solches Vorgehen kann doch nur den  
Anschein erwecken, als wären wir nicht die starken, selbstbewußten  
Männer, für die wir uns sonst ausgeben.

Bauchschnecken vor Rußland.  
Und dann die traurige Rolle, die wir Rußland gegenüber spielen!  
Die „Königliche Zeitung“ sprach seiner Zeit unter dem Regime des  
Fürsten Bis marck einmal von einem Wettstreit der Staaten Rußland  
gegenüber; heute muß man schon mehr von einem Bauchschnecken-  
wettbewerb sprechen. Sehr gut! bei den Socialdemokraten. Es  
ist in der That eine traurige Rolle, die Deutschland spielt, wenn die  
russische Polizei im preussischen Staate wirtschaftet wie im Heimat-  
land. Ich bin überzeugt, daß es in Preußen zahlreiche von  
russische Polizeibeamte giebt, denen die deutsche Polizei für ihre  
polizeilichen Zwecke zur Verfügung steht. (Hört! hört! bei den Social-  
demokraten.) Das sind Zustände, wie sie unter Meiternich, unter  
Nikolaus I. nicht möglich waren. Herr v. Plehwe, der russische  
Polizeiminister, ist in Preußen-Deutschland ein sehr einflußreicher  
Mann. Wir werden ja bei Gelegenheit einer Interpellation noch  
Neuache auf diese Dinge noch ausführlicher zu sprechen kommen.  
Thatsache ist, daß unsere Polizei der russischen alle möglichen  
Handlungsdienste leistet, und dabei ist Rußland heute noch der  
Kampfsache nach ein barbarischer Staat. (Sehr richtig! bei den  
Socialdemokraten.) Was haben wir für Gräueltaten erlebt in  
Kisjui unter der Duldung der obersten Polizeibehörden! Ein  
Staat, in dem solche Grausamkeiten unter den Augen der Behörden  
vorkommen können, das ist ein barbarischer Staat schlimmster Art.  
Ich erinnere Sie auch an die Meuteleien vor einigen Jahren am  
Amur, welche von russischen Generalen ausgehen. Dort wurden  
tausende armer Chinesen mit Weib und Kind in den Amur getrieben,  
und die Armen, die verfluchten, sich an das Ufer zu retten, wurden  
elend von den Russen niedergemacht. Die besten Männer und Frauen  
Rußlands, die für Zustände kämpfen, wie wir sie in Deutschland  
haben, müssen dafür ihr ganzes Leben in den Bergwerken Sibiriens  
schmachten. Alljährlich hören wir aus den russischen Untersuchungs-  
gefängnissen, daß die Opfer jahrelanger Untersuchungshaft wahnsinnig  
werden und zum Selbstmord getrieben werden. Im November haben  
die Zeitungen die That gebracht, daß bei einem russischen Obersten,  
der in Sofia verhaftet worden ist, Papiere gefunden wurden, die den  
Sewels lieferten, daß die russische Regierung bereits monatelang  
vorher

Kenntnis von der Königsschlächtere in Belgrad  
gehabt hat (Hört! hört! bei den Socialdemokraten), ohne zu ver-  
suchen, sie zu verhindern. Das offizielle Rußland, das beim Sturze  
des Battenbergers, beim Morde Stambulows beteiligt war, das auch  
einen großen Teil der Aufstände in China auf dem Gewissen hat,  
dieses Reich, das stets für Barbarei und gegen Kultur mit Gewalt,  
Unterdrückung und selbst mit dem Morde im Bunde arbeitete, das  
darf vom Deutschen Reich nicht unterstützt werden. (Lebhafte Beifall  
bei den Socialdemokraten.) In Rußland herrscht, wie das alte Wort  
lautet, der Absolutismus gemildert durch den Meuchelmord. Wir  
haben keinen Grund, Rußland in irgend einer Beziehung zu Diensten  
zu stehen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Nach allen Seiten hin haben sich also unsere Zustände höchst un-  
erfreulich gestaltet. Die Masse der Bevölkerung aber verlangt immer  
dringender neben der Sicherung ihrer materiellen Wohlfahrt geistige  
Freiheit und Gerechtigkeit. Nicht rückwärts sondern vorwärts lautet  
die Losung. Sie würden sich thun, Ihre Maßnahmen danach ein-  
zurichten. (Lebhafte wiederholter Beifall bei den Socialdemokraten.)

Reichskanzler Graf Bülow:  
Ich muß es dem Herrn Kriegsminister überlassen, im einzelnen  
die Angriffe zurückzuweisen, die der Herr Abg. Bebel gegen die  
Organisation unseres Heeres hier gerichtet hat. Ich gestehe, daß ich  
auf dem Gebiete der Einrichtungen unseres Heerwesens, in kavalle-  
rischen und artilleerischen Fragen, in Fragen der Uniformierung,  
in militärischen Detailsfragen überhaupt von vornherein zu Herrn  
v. Einem mehr Vertrauen habe, als zu Herrn Bebel. (Weiterkeit.)  
Das soll keine besondere Unfreundlichkeit gegen Herrn Bebel sein.  
Aber die Erfahrung beweist, daß ein Duzendstücker eigener Anschauung,  
Praxis und Kenntnis schwerer wiegt, als die phantastischsten Vor-  
stellungen. (Sehr gut! und Heiterkeit rechts.) Unruhe bei den  
Socialdemokraten.) Herr Bebel hat vom Drill gesprochen. Drill ist  
nicht Selbstmord und soll nicht Selbstmord sein, aber als Mittel  
zum Zweck hat er sehr wesentlich mit beigetragen zu den Erfolgen  
der preussischen Waffen seit Friedrich Wilhelm I. Drill und Erziehung  
haben, wie unser alter Kaiser sagte, den preussischen Soldaten zu

dem gemacht, was er ist. Herr Bebel hat sich über die Manöver  
verbreitet in einer Weise, daß ich kaum glauben kann, er habe je an  
einem Manöver teilgenommen. (Weiterkeit rechts.) Der Zweck der  
Manöver, wie aller militärischen Übungen kann im wesentlichen  
immer nur die kriegsmäßige Ausbildung sein. Aber in dieser  
Beziehung haben die Manöver einen großen Wert als Erziehungs-  
mittel für Märsche und Gefechtsleistung, als Erziehung für die Führer,  
als Vorbereitung für den Ernstfall, daß aber auch im Ernstfalle die  
Kavallerie, auf die es der Abg. Bebel besonders abgesehen hat,  
eine bedeutsame Rolle spielen wird, so gut wie sie es in letzten Kriege  
gethan hat, wie sie es gethan unter Napoleon und Friedrich dem  
Großen, ist die Ansicht vieler einsichtigen Militärs in Deutschland  
und außerhalb unserer Grenzen. In dieser Beziehung will ich dem  
Praktiker folgen, nicht dem Laien, auch nicht dem berebtesten  
Dilettanten. (Sehr gut! rechts.)

Der Abg. Schäbler hat gestern eine Anzahl Soldaten-  
mischhandlungen, von schweren Soldatenmischhandlungen zur  
Sprache gebracht. Wir alle verurteilen Missethat und Grausamkeit;  
Brutalität und Ungerechtigkeiten empören mich gerade so sehr wie Sie.  
Als Reichskanzler aber füge ich hinzu, daß ich in voller  
Uebereinstimmung mit den Kriegsministern aller Bundesstaaten  
es als die heilige Pflicht der Militärverwaltung betrachte, mit allen  
geeigneten Mitteln derartigen Ausschreitungen entgegenzutreten,  
ihnen vorzubeugen, sie auszurotten. (Bravo! rechts.) Je höher  
unser Heer steht, desto mehr müssen wir seinen Schutz blank halten,  
desto energischer alles daran setzen, um den begründeten Beschwerden  
abzuhelfen. Ich beitrete auch keinem Mitgliede dieses hohen Hauses  
das Recht, militärische Fragen in den Kreis seiner Erörterungen  
zu ziehen. Die Kritik muß aber sachlich und gerecht sein, sie darf  
nicht blind tabeln und blind verwerfen, sie muß in mili-  
tärlichen Fragen auch auf die militärischen Interessen Rücksicht  
nehmen und auf nationale Gesichtspunkte. Sie darf weder das  
Selbstvertrauen unseres Volkes erschüttern, noch das Ansehen, das  
wir im Ausland genießen, schädigen und die Aussichten des Friedens  
gefährden. Es giebt eine doppelte Art der Kritik. Die eine will  
durch die offene und ungeheute Schilderung der Mißstände praktische  
Arbeit leisten, um den Körper gesund zu erhalten. Es giebt aber  
auch eine andre Art der Kritik, der es mehr um den Agitationsstoff  
als um die Sache zu thun ist. (Bravo! rechts.) Un-  
ruhe bei den Socialdemokraten.) Das ist die Kritik, die  
in diesen Fragen, wo die höchsten Interessen des Vaterlandes  
auf dem Spiele stehen, von socialdemokratischer Seite geübt wird.  
Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns, und dieser Unter-  
schied hat sich wie ein roter Faden durch die Rede Bebel's gezogen:  
Sie verallgemeinern in jedem einzelnen Falle. Für Sie ist die  
Ausnahme die Regel. Wenn sich irgendwo ein Mitglied der bürger-  
lichen Gesellschaft, ein Richter, Unternehmer, Offizier, Unteroffizier,  
Geistlicher oder Jurist eine Mißthat giebt, so stellen Sie es so dar,  
als ob die ganze bürgerliche Gesellschaft schuld wäre, als ob die  
heutige bürgerliche Ordnung die Schuld trüge, als ob es nicht auch bei  
Ihnen rüchtige Schafe giebt (Unruhe bei den Socialdemo-  
kraten), als ob es nicht auch bei Ihnen nichtswürdige und  
gemeine schwache Menschen giebt. (Unruhe bei den Social-  
demokraten.) Unsere Armee setzt sich zusammen im Friedens-  
zustande aus 600 000 Mann und rund 50 000 Offizieren und Unter-  
offizieren. Daß unter dieser halben Million Menschen Aus-  
schreitungen vorkommen, daß Ungerechtigkeiten  
begangen werden, berechtigt nicht zu Angriffen,  
wie sie in letzter Zeit so vielfach gegen die ganze  
Institution gerichtet worden sind. Solche Erscheinungen  
finden sich auch in andern Berufsständen, auch dort kommen Aus-  
schreitungen und Mißhandlungen vor. Ich konstatiere aber, daß  
diese Erscheinungen in der Armee von Jahr zu Jahr zurückgehen,  
und ich konstatiere weiter, daß sie, wo sie sich immer zeigen, mit  
größter Strenge bestraft werden. Nach meiner Ansicht können der-  
artige Infamien gar nicht streng genug bestraft werden. (Auf bei  
den Socialdemokraten: Mit Stubenarrest! Heiterkeit b. d. Soc., Unruhe  
rechts.) Herr Schäbler hat gestern auch auf Herbach Bezug genommen.  
Ich stimme dem Herrn Abg. Schäbler darin zu, daß ich eine rückhalt-  
lose Aufhebung solcher Vorgänge für möglich halte. Es ist ein  
gutes Zeichen für eine Institution, wenn nichts verkleinert und nichts  
verächtigt wird. Ich bin weiter der Ansicht, daß derartige Vorgänge  
ein Fingerzeig sein sollten dafür, wo die bestehende von sachlichen  
Motiven geleitete Hand der Heeresverwaltung eingzugreifen hat.  
Kein Heer der Welt, das deutsche Heer so wenig wie irgend ein  
andres und noch weniger als ein andres, soll auf seinen Vorbeeren  
ausruhen. Mit Recht hat Herr Schäbler aber davor gewarnt,  
derartige Fälle zu verallgemeinern, und ich lege nicht nur  
vor dem Inlande, sondern auch vor dem Auslande Verwahrung  
dagegen ein, daß, wie das wiederum in der socialdemo-  
kratischen Presse so dargestellt ist, solche häßliche Erscheinungen,  
die überall hervortreten, typisch wären für das deutsche Offiziercorps,  
als ob sie vorzugsweise und nur bei dem deutschen Offiziercorps  
vorkämen. Das ist Heuchelei, das ist Pharisaertum. Es wird auch  
andertwo gesündigt, ganz ohne Sünde scheint ja nicht  
einmal die Socialdemokratie zu sein. (Große Heiter-  
keit rechts.) Das Offiziercorps darf nicht verantwortlich gemacht  
werden für seine misrathenen Glieder. Es ist noch heute durch-  
drungen davon, daß kein Stand mehr auf ehrenhafte Gesinnung  
sehen muß, seiner mehr einer idealistischen Welt-  
auffassung bedarf, als der Stand, dem die Ver-  
teidigung des Vaterlandes anvertraut ist. Das deutsche  
Offiziercorps wird sich immer gegenwärtig halten, daß die  
großen Erfolge, die wir vor 30 Jahren erzielt haben, in erster Linie  
zurückzuführen waren auf die altpreussische Schlächtere und einsache Art,  
auf die altpreussische Tüchtigkeit und Anpruchslosigkeit, die ohne viel  
Wortgepränge und ohne unnützes Sporenklirren auftritt, wofür  
uns Götzen, Feldmarschall Graf Moos und unser großer Volksheld  
bildlich waren.

Ich wende mich jetzt zu dem, was Herr Bebel über die and-  
wärtige Politik gesagt hat. In Bezug auf unsere ostasiatische Politik  
hat er mir zwei Vorwürfe gemacht, die in seltsamem  
Widerspruch zu einander stehen. Auf der einen Seite  
hat er mir vorgeworfen, daß unsere ostasiatische Politik  
im allgemeinen eine phantastische, abenteuerliche wäre, auf  
der andern Seite aber findet er, daß ich in der Mandchurei mich zu  
passiv verhalte. Ich muß gestehen, ein größerer Mangel an  
Logik ist mir noch kaum je vorgekommen. (Weiterkeit und Sehr  
gut! rechts.) Unruhe bei den Socialdemokraten.) Wenn es einen  
Punkt in der Welt giebt, wo wir nichts zu thun haben, so ist es  
die Mandchurei. Wenn also Herr Bebel für die Mongolen, die ja  
wohl die Mandchurei bewohnen, einen neuen Kreuzzug unter-  
nehmen will, als neuer Peter von Amiens, so lasse ich ihn  
allein vorgehen. (Stürmische Heiterkeit rechts, große Unruhe bei den  
Socialdemokraten.)

Wie wir durch unsere Politik in Ostasien in Konflikte verwickelt  
werden können, ist mir unverständlich. Unsere Politik dort ist so be-  
sonnen, daß gar kein Anlaß zu begründeten Ausstellungen vorhanden  
ist. Sie kann also auch keine Konflikte hervorrufen und wenn wir  
in solche verwickelt würden, so würden wir das gute Gewissen für  
uns haben. Ich betone aber nochmals, daß, so weit auch die  
andern Staaten den Frieden wünschen und die Verträge achten,  
nicht der geringste Anlaß vorliegt, daß wir in solche Konflikte verwickelt  
werden.

Herr Bebel ist auch auf Venezuela zurückgekommen und hat be-  
dauert, daß wir unsere Differenzen nicht vor das Haager Schieds-  
gericht sofort verweisen hätten. Das haben wir aus dem einfachen  
Grunde nicht gethan, weil der Präsident Castro, für den Herr Bebel  
im vorigen Jahre mit solcher Lebhaftigkeit eintrat (Weiter-  
keit rechts), sich darauf von vornherein nicht einließ, sondern  
erst dann, als wir mit gewissem Nachdruck ihm diese Forderung  
zu Gemüte führten. Nun möchte ich aber nicht zaudern,  
meinem tiefen Bedauern Ausdruck zu geben über die Art und  
Weise, wie sich Herr Bebel seinen ausgeprochen hat über Rußland.  
Die Art und Weise, wie der Abg. Bebel sich bemüht hat,  
Stimmung zu machen gegen Rußland, wie er die  
russischen Verhältnisse kritisiert hat, die wird sicherlich viel Genug-  
thuung erregen bei demjenigen unserer ausländischen Gegner, die die

guten Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland zu trüben  
suchen. (Sehr richtig! rechts.) Ich bin überzeugt, daß ich die große  
Mehrheit dieses hohen Hauses auf meiner Seite habe, wenn ich sage,  
daß eine derartige Art und Weise, abzuwachen, zu tabeln, über die  
inneren Verhältnisse eines befreundeten Nachbarreiches,  
eine so zügellose Art der Kritik (Große Unruhe bei den Social-  
demokraten), ich sage, daß eine so zügellose Art der Kritik (Erneute  
lebhaftige Unruhe bei den Socialdemokraten. Beifall rechts) weder  
den Traditionen des Deutschen Reiches entspricht, noch seinen Wünschen  
und Interessen (Unruhe bei den Socialdemokraten), und ich bin  
überzeugt, daß ich die große Mehrheit des deutschen Volkes hinter  
mir habe, wenn ich mich von Herrn Bebel nicht abhalten lassen  
werde, in loyaler Weise die Beziehungen zu Rußland auch weiter  
zu pflegen. (Lebhafte Bravo! rechts.) Anbauernde Unruhe und Zu-  
rufe bei den Socialdemokraten.)

Nun ist der Abg. Bebel weiter eingegangen auf unser Verhältnis  
zu Amerika. Er hat mir vorgeworfen, daß wir Amerika gegenüber  
nicht kräftig genug aufgetreten sind. Das ist derselbe Bortour, der  
viel in der gelben Presse gegen die dortigen Staatsmänner erhoben  
worden ist. Und das beweist, daß die Einsichtigen und Vernünftigen auf  
beiden Seiten an der Erhaltung guter Beziehungen arbeiten, die  
weniger Einsichtigen sie zu trüben suchen. Was Herrn Vander-  
bilt angeht, so hat er bei dem Besuche des Prinzen Heinrich in  
Amerika, die deutschen Gäste aufs freundlichste aufgenommen. Es  
war also ganz natürlich, daß ihm auch, als er nach Deutschland  
kam, ein höchst empfangen bereitet wurde. Von irgend  
welcher Unterwürfigkeit bei dem Empfange in Danzig — es  
handelt sich nur um einen bei der dortigen Regierung beschäftigten  
Assessor und einen schon vorher mit Herrn Vanderbilt bekannten  
General. Es ist mir zu wünschen, daß Ausländer in einflußreicher  
Stellung öfter Deutschland besuchen. Weiter hat sich der Herr Abg.  
Bebel ausgeprochen über den Stand der Handelsverträge und er  
hat sich über den Stand der Verhandlungen ausgelassen in einer  
Weise, die im höchsten Grade geeignet sein dürfte, das Zustand-  
kommen dieser Verträge zu erschweren (Widerpruch bei den Social-  
demokraten), wenn man im Ausland glaubte, daß der Abg. Bebel  
irgend welchen Einfluß ausüben könnte. (Weiterkeit rechts.)  
Er hat alle Argumente zusammengetragen, die Stellung  
unserer Unterhändler zu schwächen. (Lebhafte Unruhe links,  
Beifall rechts.) Demgegenüber hoffe ich, daß wir auf einer für  
uns annehmbaren Basis baldmöglichst zum Abschluß der Ver-  
einbarungen kommen.

Ueber die Erhebung von Abgaben auf den Wasserstraßen habe  
ich nachstehende Erklärung abgegeben: Nach der ganzen Entwick-  
lungsgeschichte des Art. 54 der Verfassung kann es keinem Zweifel  
unterliegen, daß das Recht der Einzelstaaten befreitigt  
werden sollte, lediglich für das Befahren der  
Strome Abgaben zu erheben. Jede Ausnahme bedarf  
reichsgesetzlicher Genehmigung. Da weder dem  
Bundesrat noch diesem hohen Hause irgend welcher Antrag vor-  
liegt, eine Ausnahme von Art. 54 zu erlangen, dürfte auch für  
das hohe Haus kein Interesse vorliegen, auf die in der Presse ent-  
haltenen rein theoretischen Erörterungen einzugehen, bei der auch die  
Abmachungen mit andern Staaten in Betracht gezogen werden  
müßten. — Nun hat der Abg. Bebel erinnert an das, was ich vor  
einigen Jahren über meine socialpolitische Auffassung gesagt habe.  
Dabei hat er auch gefragt, warum ich nicht den Ehrgeiz hätte, ein  
deutscher Millerand zu werden. Das will ich Ihnen, Herr Bebel,  
mit aller Offenheit sagen. Einmal, weil Herr Millerand  
durchaus ein französischer Patriot ist, während ich mauf-  
höflich erkläre, nicht auf demselben nationalen Boden zu stehen wie  
wir. (Lebhafte Beifall rechts.) Und wenn ich ein Millerand sein  
wollte, würden mir von niemand mehr Mümpel zwischen die Beine  
geworfen werden als von Ihnen, Herr Bebel. (Beifall und Wider-  
spruch.) Darüber können Sie nach den Verhandlungen des  
Dresdener Parteitages wohl nicht mehr zweifelhaft sein,  
Herr Bebel. Ich habe vor einem Jahre gesagt, daß  
von einem Stillstand der socialpolitischen Gesetzgebung nicht die  
Rede sein könne. Daran halte ich vollkommen fest, die verbündeten  
Regierungen werden sich, wie Sie aus der Thronrede erfahren haben,  
nicht irren machen lassen, wir werden weiter bestrebt sein, das  
Recht der Arbeiter immer besser zu schützen, nach  
und nach an die großen Fragen der Arbeitszeit,  
Arbeitsverfassung und Lohnzahlungs-Methode  
heranzugehen, soweit das unter voller Aufrecht-  
erhaltung unserer Konkurrenzfähigkeit auf dem  
Weltmarkt möglich ist. Wir betrachten es als eine Pflicht  
des Staates, die Lebenshaltung des Arbeiters zu einer dem Stand-  
punkt der modernen Kultur entsprechenden Höhe zu erheben. Wir wollen  
nicht nur fortfahren in Arbeiterdank und -versicherung, sondern hoffen,  
nach und nach denjenigen Aufgaben näherzutreten zu können, die noch  
ihrer Lösung im nächsten Jahre harrt, die Witwen-  
und Waisenversicherung und die Arbeitslosen-Ver-  
sicherung. Wir werden diese Aufgaben aber nur lösen können, wenn  
wir Schritt für Schritt vorgehen und nicht den Boden unter den  
Füßen verlieren und nicht unser ganzes Wirtschaftsleben mit Kata-  
strophen bedrohen durch Eingehen auf die socialdemokratischen  
Forderungen. (Beifall rechts.) Durch solche Forderungen, deren Er-  
füllung nicht möglich ist oder in sehr weiter Ferne  
liegt, erschwert die Socialdemokratie den socialpolitischen  
Fortschritt. Noch einen andern Grund, der ihn erschwert, will  
ich Ihnen mit der größten Offenheit nennen. Der Abgeordnete Bebel  
hat nie ein Hehl daraus gemacht, daß er ein Gegner der Verfassung,  
der Monarchie ist. Durch nichts wird der sociale Fortschritt mehr  
erschwert als durch die Art und Weise, wie er von socialdemokratischer  
Seite verquält wird mit antimonarchischen Zielen und Tendenzen.  
Die Geschichte beweist, daß die sociale Reform völlig unabhängig ist  
von der Staatsverfassung, beweist, daß mit der Republik allein  
nichts gethan ist. (Beifall und Zwischenruf: Nie behauptet.) Auch  
da wird mit Wasser gelodet. Und es ist ein großer Irrtum, zu  
glauben, daß es ein großes Unverfallern gebe, das alle menschen-  
lichen Kränkheiten heilt. Ich sage aber, daß diese Art anti-  
monarchischer Agitation in hohem Grade ungerecht ist. Nirgends ist  
sobiel für die arbeitende Klasse gesehen wie in dem monarchischen  
Deutschland. Das ganze Ausland giebt zu, daß nichts so viel  
gethan worden ist. In der Schweiz, die der Abg. Bebel erwähnte,  
wird ihm nicht unbekannt sein, daß große socialpolitische Gesetze von  
der Bundesversammlung angenommen wurden, aber in der Volks-  
abstimmung fielen, so die Arbeitslosen-Versicherung im Kanton Basel.  
Eine schöne Illustration zu den Angriffen des Herrn Bebel auf die  
höheren Stände. (Weiterkeit.) Auf die Frage der direkten und in-  
direkten Besteuerung will ich nicht eingehen, es wird dem Abg. Bebel  
nicht unbekannt sein, daß selbst Herr Millerand dem Widerstand gegen  
die progressive Einkommensteuer in Frankreich nicht überwinden  
konnte. Der Abg. Bebel hat eine entsetzliche Schilderung der  
heutigen Zustände entworfen und uns zweimal mit dem sinkenden  
Kann verglichen. Ein hinkender Vergleich ist mir noch nicht vor-  
gekommen. (Beifall und Widerspruch.) Ich habe mich doch auch mit  
Geschichte beschäftigt, aber ich verweise Ihnen, daß dieses hohe Haus  
ganz anders aussieht, als der Senat zur Zeit des Titus. (Weiter-  
keit.) Und wenn Herr Bebel diese Rede unter Caligula gehalten  
hätte, wäre sie ihm schlecht bekommen. (Stürmische Heiterkeit.)  
Bebel hat auch von Byzantinismus gesprochen. Ich gestehe,  
das mich das gewundert hat. Ihm wird es nicht unbekannt sein,  
daß es einen Byzantinismus giebt, nicht nur nach oben, sondern  
auch nach unten. Es giebt nicht nur Fürstendünzen, sondern  
auch Volkshäuschen. Das sind die, die den untrüglichen  
Waffeninschriften schmeicheln. (Lebhafte Beifall rechts.)  
Von ihnen hat unser großer Dichter gesagt, daß sie die schlimmsten sind.  
Herr Bebel hat von den Vorgängen in Crimmitschau gesprochen. Ich  
muß es dem schätzlichen Bevollmächtigten überlassen, im einzelnen  
darauf zu antworten. Ich möchte aber sagen, wenn der Abg. Bebel  
immer über Unterdrückung und mangelnder Freiheit klagt, wo  
findet man weniger Freiheit als bei Ihnen. (Unruhe  
links, Zustimmung rechts.) Keine Partei hat die Redefreiheit anderer  
Parteien und ihre Versammlungsfreiheit so wenig respektiert wie die  
socialdemokratische. (Lebhafte Widerspruch links.) Ich bitte, mich nicht  
zu unterbrechen, ich habe Herrn Bebel auch nicht unterbrochen. Ich







Berliner Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Montagabend 8 1/2 Uhr bei Dräsel, Neue Friedrichstr. 85, Versammlung für die Stadtbezirke 1-5. Genosse Seiler spricht über die Bedeutung des Wahlvereins und den weiteren Ausbau desselben. Der Vorstand.

Sossen. Wegen der Feiertage findet die Monatsversammlung am 14. Dezember statt. In dieser Versammlung werden auch die dem Verein zur Verfügung gestellten Karten zum Kunstabend ausgeben.

Lokales.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Selten ist eine Sitzung der Stadtverordneten so schwach besucht gewesen, wie die gestrige. Als um 1/6 die Sitzung eröffnet wurde, waren erst 86 Stadtverordnete anwesend, und um 1/7, als der öffentliche Teil der Sitzung endete, war die zur Beschlussfähigkeit erforderliche Zahl 72 knapp erreicht.

Eine Debatte gab es bei der Vorlage über den Verkauf einer Parzelle des Wasserwerk-Terrains Stralauer Allee. Genosse Heimann erklärte den Verkauf. Die Stadtgemeinde solle auf Vermehrung, nicht auf Verminderung ihres Grundbesitzes hinwirken. Wollte sie das Terrain an der Stralauer Allee nicht brach liegen lassen, so könne es sehr wohl im Wege des Erdbaurechts nutzbar gemacht werden. Den Hausagrarern waren diese Ausführungen unangenehm. Zwei ihrer Führer, Herr Wallach und Herr Daber, legten sich für den Verkauf des Terrains ins Zeug. Die Vorlage wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Auch bei den Verhandlungen über den Neubau der Inselbrücke spielten die Interessen der Grundbesitzer eine Rolle. Mehrere Redner bemerkten, man könne doch nicht eher mit dem Bau der Brücke beginnen, als über den Anlauf des benachbarten Inselspeichers eine Einigung mit den Besitzern erzielt sei. Gegen den Vorschlag einer Beratung im Ausschuss wandte sich Genosse Singer. Künftig klug sei dieses Verfahren nicht. Man diene damit nicht der Stadt, sondern nur den Besitzern des Speichers und ermüde sie, an ihren unerhört hohen Forderungen festzuhalten. Der Bau-Entwurf wurde dann glatt angenommen.

Die Deputation der städtischen Jernpflege hatte sich in ihrer letzten Sitzung mit einem Antrage der Direktion der Anstalt für Epileptische in Wuhlgarten zu beschäftigen. Es wurde darin verlangt, gegen die Redaktion der „Morgenpost“ Strafantrag zu stellen und zwar wegen eines Artikels, in dem gegen das Personal des „festen Hauses“ in dieser Anstalt der Vorwurf erhoben wurde, Kranke schwer mißhandelt zu haben. Die Direktion ging bei ihrem Antrag von der Voraussetzung aus, daß durch derartige Notizen die Kranken und namentlich auch deren Angehörige in die größte Aufregung geraten und so die Heilbehandlung der Kranken beeinträchtigt werde. Die Deputation lehnte sowohl diesen Antrag, als auch einen Unterantrag ab, der eine „Nichtigstellung“ der Notiz in der „Morgenpost“ verlangte.

Es handelt sich in dieser Angelegenheit um eine der schon wiederholt vorgekommenen Mißbräuche in dem sogenannten „festen Hause“ der Anstalt, in dem solche vom Polizeipräsidenten überwiesenen Kranken untergebracht sind, die schon häufig mit dem Strafgeset in Konflikt kamen. Die Unterbringung dieser Kranken bereitet der Stadt außerordentliche Schwierigkeiten, weil ihnen gegenüber eine ganz besonders aufmerksame Ueberwachung notwendig ist. Die Verwaltung hat deshalb für diese festen Häuser das Pflegepersonal verstärkt. Es scheint dies aber noch immer nicht in so genügender Weise geschehen zu sein, daß die häufig vorkommenden Ueberfälle der Kranken auf das Wartepersonal verhütet wurden. Um einen solchen Ueberfall handelt es sich, nach der uns zugegangenen Darstellung wie folgt auch in der vorliegenden Sache; es gelang den Pflegern diesmal erst nach heftiger Gegenwehr, sich der Angriffe der Kranken zu erwehren und die Ruhe wieder herzustellen. Leider kommen auch in den Jernanstalten noch immer Mißhandlungen vor. Die Verwaltung muß in der Auswahl des Pflegepersonals sehr vorsichtig sein. Die schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen bringen es mit sich, daß die Zahl geschulter Pfleger nur sehr gering ist und so häufig ungeeignetes Personal eingestellt wird. Die Verwaltung möge deshalb für bessere Bezahlung, kürzere Arbeitszeit und gute Behandlung der Pfleger sorgen; dann werden auch die Klagen gegen die Anstalten verstummen.

Im zweiten Kommunal-Wahlbezirk findet bekanntlich am 13. Dezember zwischen dem Antisemiten Pregel und dem liberalen Hoteller Leiß eine Stichwahl statt. Beide Herren sind nicht von der Art, daß unsere Parteigenossen sich für den einen oder anderen zu erwärmen Ursache haben. Wir können daher dem Wahlkampf gelassen zusehen und halten es für selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie sich in diesen Kampf nicht einmischt. Stimmhaltung sei daher die Parole für die sozialdemokratischen Wähler im zweiten Kommunal-Wahlbezirk.

Das Schicksal des Kartenbriefes scheint endgültig besiegelt zu sein. Die Nachfrage nach dem Kartenbrief ist bekanntlich seit seiner Einführung stetig zurückgegangen. Eine Zeitlang schien es, als wollte er sich wieder in der Gunst des Publikums befinden. Wir konnten berichten, daß die Postanstalten in steigendem Maße Nachbestellungen auf Kartenbriefe machten. Abgesehen davon, daß oft diese Formulare nicht zu haben. Nach Ausweis der Statistik ist der Verkauf im letzten Jahre abermals zurückgegangen. Im Jahre 1901 waren noch über 2,65 Millionen Stück verkauft worden, im Jahre 1902 nur noch 2 451 651 Stück. Dabei ist der Absatz an Briefzeichen der Stückzahl nach im Durchschnitt um mehr als 5 Proz., dem Werte nach um fast ebensoviel gestiegen. Die 2 Millionen Kartenbriefe stehen außer allem Verhältnis zu den 3/4 Milliarden Sendungen, die die deutsche Reichspost in einem Jahre bewältigt. Da es über 58 000 Postanstalten und andre Gelegenheiten zum Einkauf von Briefzeichen gibt, so kommen wenig über 40 Kartenbriefe auf eine Verkaufsstelle im ganzen Jahre. Im Durchschnitt kommt noch nicht ein Kartenbrief bei jedem Postamt in der Woche zum Verkauf.

Das Jubelgeschenk. Es ist ein guter Brauch, daß auch Arbeiter ihren Kollegen zu einem bedeutungsvollen Jubiläum eine Aufmerksamkeit widmen. bedinglich läßt sich nichts dagegen sagen, daß ein solches Ehrenpräsen auch einem Ranne zu teil wird, der sich zwar in höherer Stellung befindet, aber trotzdem mit den ihm unterstellten Männern treu und tapfer Solidarität übt. Allerdings kommt in diesem Fall immerhin in Frage, ob die Gabe eine ganz freiwillige ist oder es nicht ein Stück Liebedienerei mit im Spiel steht. Um solchen Zweifel ein für allemal die Spitze abzubraden, hat der Mitteilungs-Vorarbeiter einer größeren Fabrik in Treptow ein probates Mittel angewandt. Er feierte nämlich sein fünfundwanzigjähriges Arbeitsjubiläum, und die seiner Vormüchtigkeit unterstellten Arbeiter glaubten, ihm zu diesem Ereignis ein Angebinde berechnen zu müssen. Auf einer Liste sollten 20 M. gesammelt werden, für die man als Jubiläumsgeschenk eine lange Peise kaufen wollte. Doch der Jubilar bekam Wind von diesem Vorhaben und gab dann im Sturz seine Meinung dahin zum besten, daß die lange Peise ihm allein nichts nützen könne, sondern auch eine Schlafmütze und ebenso ein Schlaf-

rod dazu gehöre. Im ernstesten Tone bedeutete er seinen Mitarbeitern aber dann, daß er, falls man ihm wirklich die Peise am Ehrentage überreiche, er sie an den Reizbietenden verkaufen und den erzielten Ertrag den armen Weibern in Grimmitzhan zuweisen werde. Das war ein guter Wink, und mancher Arbeiter, der gewiß seinen Beitrag für das Präsen an den Vorgesetzten gezeichnet hätte, der von Polizei und Unternehmertum bedrängten Auszubildigen aber bis dahin vergessen hat, ist auf diese löbliche Weise an seine Pflicht gemahnt worden. Möge das Treptower Beispiel in der Arbeiterschaft Nachahmung finden.

Das Berliner Adreßbuch für 1904 ist erschienen und gelangt von heute ab bis einschließlich Montag, den 14. d. M., in der Haupt-Expedition des „Berliner Lokal-Anzeigers“, Zimmerstraße 37-41, werktäglich von 9-4 Uhr zur Ausgabe. Von den Vorbestellern kann das Adreßbuch in einem Bande gegen Zahlung von 8 M., in zwei Bänden zum Preise von 10 M. gegen Ausbändigung der ihnen zugegangenen Legitimationskarte in Empfang genommen werden. Von Dienstag, den 15. d. M., ab erfolgt die Zustellung der nicht abgeholten Exemplare. Der Verkauf nicht vorbestellter Bücher zum Ladenpreise von 12 M. (für die Ausgabe in zwei Bänden) findet nur in der vorgenannten Haupt-Expedition statt. — Der Umfang des Adreßbuches hat in diesem Jahre wieder zugenommen. Am 187 Seiten übertrifft das Adreßbuch 1904 den Jahrgang 1903, um 1312 Seiten den Jahrgang 1898. Im ganzen enthält das Adreßbuch jetzt 257 Doppelbögen, gleich 4112 Seiten Groß-Quartformat. Als selbständige Beilage bringt das Adreßbuch wiederum einen großen Verkehrsplan im Format von 93 x 125 und im Maßstab von 1:23,500, der außer der Stadt auch die weitere Umgebung Berlins ausführlich berücksichtigt. Von besonderem Wert sind die Farbenabschnitte, welche die politischen Grenzen jeder einzelnen Vorortgemeinde scharf erkennen lassen, und die farbigen Linien, die das Gebiet des Nachbarort-Postverkehrs mit Berlin und der Postbezirke in Berlin umfassen. Eine Neuuerung auf dem Plan ist die farbige Hervorhebung der Lage der Feuerwachen in Berlin und den Vororten, die im Falle der Gefahr die schnellste Orientierung mit Leichtigkeit ermöglicht.

Schwindelverkauf und Staatsanwalt. Die Staatsanwaltschaft des Landgerichts I hat sich behufs energischer Bekämpfung der Nonkursmassenauflösungs-Schwindler an den Schutzbund der Verleihenindustriellen Berlin und Vororte gewendet, um diesen zum gemeinsamen Vorgehen gegen die der christlichen Geschäftswelt so gefährliche Kategorie von Schwindlern zu veranlassen. Die Staatsanwaltschaft hat in einem ganz besonders markanten Fall den Vorsitzenden des Schutzbundes, Herrn Julius Lindenbaum, zur Stellung eines Strafantrages aufgefordert, und ihm als Material dazu folgende Thatsachen unterbreitet: Vor einigen Monaten meldete der Geschäftsinhaber eines Herrenzigarbren-Geschäftes in der Belle-Alliancestraße (Jarosinski u. Co.) Konkurs an. Die Masse wurde von einem gewissen Moses Grünberg gekauft und dieser brachte im Schaufenster Palaste an mit folgendem Inhalt: „Konkursmassen-Auktionen“ und darunter in ganz kleiner Schrift: „und andre Waren“. Ein Käufer erwarb einen Leberzucker zu dem Preise von 36 M., der nach Sachverständigen-Gutachten einen Verkaufswert von höchstens 18-20 M. und einen Herstellungswert von 11 M. hatte. Der Käufer fühlte sich um so mehr geschädigt, als er die erwähnte Bemerkung: „und andre Waren“ auf dem Plakat nicht gesehen hatte, und erstattete gegen Moses Grünberg eine Anzeige wegen Betruges. Die Staatsanwaltschaft hat, wie erwähnt, daraufhin an den Vorsitzenden des Schutzbundes das Ersuchen gerichtet, gegen Grünberg einen Strafantrag wegen unlauteren Wettbewerbes zu erstatten.

Die Prostituierte Gänther ist in der Nacht zum 15. April 1898 einem unbekanntem Lustmörder zum Opfer gefallen. Man glaube jetzt in der Person des Bergolders Drems in Jantique (Chile) den Thäter ermittelt zu haben. Drems wanderte kurz nach dem Morde aus, und es wurde ermittelt, daß er in der Nordstadt die Gänther eine Strecke Weges begleitet hat. Dieses Zusammentreffen mit der Dirne leugnet D. nicht, stellt aber sonst jede Schuld an ihrem Ende entschieden in Abrede. Die Behörden haben nunmehr keine Auslieferung bewirkt, und Drems wird in wenigen Tagen auf deutschem Boden landen, um dann zur weiteren Klärung der Schuldfrage dem Untersuchungsrichter vorgeführt zu werden.

Eine Diebstahlsbande, die längere Zeit Berlin und Umgegend unsicher machte, ist von der hiesigen Kriminalpolizei in Treptow festgenommen worden. Ein Hausdiener Wilhelm Kiesel, ein Mollereigehilfe Karl Griegold und ein Schmied Reinhold Raumann hatten sich zu gemeinschaftlichen Diebstählen zusammengefunden und brachten u. a. bei dem Fuhrherrn und Hauseigentümer Lauber in der Königsgräberstr. 106 dreimal kurz hintereinander ein. Als ihnen in Berlin der Boden zu heiß wurde, gingen die Spitzhüben, die alle drei wohnungslos waren, nach Treptow hinaus und schafften sich ein Unterkommen in einer Laube. Alles was sie nun gestohlen, brachten sie dorthin und vergruben es, bis sie einen Abnehmer fanden. Auch die benachbarten Lauben plünderten sie nach und nach aus. Bei einem solchen Einbruch aber wurden sie schließlich ergriffen. Nach längerem Leugnen räumten sie schließlich alles ein, da das Belastungsmaterial so schwer war, daß es kein Entrinnen mehr gab. Die Bande stahl nur, um einen guten Tag leben zu können. Zum Arbeiten waren alle drei zu faul. Sobald sie aus der „Verfärbung“ von „Sore“ Geld hatten, rührten sie keine Hand, bis wieder Ebbe eingetreten war.

Eine Schredenthat. In dem Hause Christburgerstr. 37 brachte gestern vormittag gegen 12 Uhr die Frau des dort wohnenden Postboten Leuendorf sich und ihr ein Vierteljahr altes Kind auf fürchterliche Weise ums Leben. Die 23 Jahre alte Frau warf sich mit dem Kind den Hof hinab. Sie und das Kind waren alsbald tot. Das Ehepaar Leuendorf ist erst seit etwa einem Jahre verheiratet und lebte im besten Einvernehmen. Beide sind noch sehr jung. Leuendorf ist 24, seine Frau 23 Jahre alt. Ein dem Ehepaar vor drei Monaten geborenes Kind besaß die Familienbande nur noch härter. Das Einkommen des Mannes wurde durch Nebenverdienst der Frau, die für ein Konfektionsgeschäft Mäntel nähte, noch um 10 bis 12 M. pro Woche vergrößert. Nichts schien also dem Glück des Paares entgegenzustehen, bis vor einiger Zeit das Kind zu kränkeln anfing. Es litt an allgemeiner Schwäche und hatte in den letzten Tagen Durchbruchfall. Die Mutter machte sich selbst über die Krankheit die schwersten Vorwürfe und klagte sich an, das Kind ungenügend genährt zu haben. Der behandelnde Arzt, Dr. Hahn, und Bekannte der Frau suchten sie nach Möglichkeit zu beruhigen, aber sie war untröstlich. Noch gestern morgen gegen zehn Uhr, als der Arzt die Wohnung der Frau Leuendorf verlassen hatte, erhob sie zu der Frau des Portiers, daß die Krankheit des Kindes in Kürze behoben sein werde. Frau Leuendorf, die durch den Trost des Arztes keineswegs beruhigt war, sah unterdessen den Entschluß, mit ihrem Kinde zusammen in den Tod zu gehen. Sie verschloß ihre Wohnung, nahm das Kind auf den Arm und ging in die 5. Etage des Hinterhauses, in der sich die Woden befinden. Dort versuchte sie zunächst das Klofenster zu öffnen. Dies war aber vergeblich, da die Fenster stets geschlossen bleiben und nur vom Portier mit einem besonderen Schlüssel geöffnet werden können. Kurz entschlossen schlug die Unglückliche eine der großen unteren Ecken ein. Das herunterfallende Glas hatte aber einige auf dem Hofe beschäftigte Personen aufmerksam gemacht, und als sie die verdort aussehende Frau sich zum Fenster herausbeugen sahen, ahnten sie Unheil und liefen die Treppe hinauf, um die Unselige an ihrem Vorhaben zu verhindern. Aber es war zu spät. Frau Leuendorf hatte das Kind in ihre Schürze eingebunden und — als wenn sie ihren Sturz nicht sehen wollte — sich rückwärts vom Fenster in den Hof hinabfallen lassen. Die Wunde des Sturzes hatte das Kind sofort getötet. Die Mutter lebte noch einige Minuten und gab dann ihren Geist auf. Der Schmerz des

Vaters, der beim Postamt in der Windstraße beschäftigt ist, war erschütternd.

Feuerbericht. Donnerstagabend gegen 7 Uhr wurde die Wehr nach der Seeböschungstr. 74 gerufen, weil hier im ersten Stock des Vorderhauses in einer Wohnung ein Brand entstanden war. In der Kronenstr. 75 ging vorher der Inhalt eines Schaufensters in Flammen auf, während in der Dramenstr. 118 ein Schornsteinbrand beobachtet werden mußte. Mittwochnachmittag 5 Uhr hatte in der Wasserthorstraße 50 in der Lampenfabrik von Edel u. Glienide, G. m. b. H., ein Kasten Dichte Feuer gefangen, das jedoch in kurzer Zeit erlosch werden konnte. Kurz darauf waren in der Invalidenstr. 44 Möbel, Decken und Kleidungsstücke in einer Wohnung in Brand geraten. Gardinen und Wäschestücke wurden später in der Sparrstr. 9 eingekauft. Außerdem hatte die Wehr in den letzten 24 Stunden noch Alarmierungen von dem Moritzplatz, Wilmstr. 6 und noch von einigen andern Orten zu verzeichnen; es handelte sich aber in diesen Fällen um „blinden Lärm“.

Die Radiumstrahlen in der Heilkunde bilden in der Berliner Medizinischen Gesellschaft den Gegenstand lebhafter Erörterungen. Professor Reiche von der Technischen Hochschule erläuterte zunächst die physikalischen Eigenschaften des Radiums. Dr. Caspari und Dr. Schilling berichteten über Versuche, die sie in der Anstalt für Infektionskrankheiten mit Radium an Tieren angestellt haben, um die Einwirkung auf verschiedene Krankheiten zu prüfen. Eine praktische Bedeutung ist den Radiumstrahlen nach ihren Erfahrungen nicht zuzuschreiben, so lange es nicht gelingt, die Substanz zu dosieren. Möglich wäre es, daß bösartige Geschwülste dadurch beeinflusst würden; Versuche darüber sind im Gange. Dr. Erzelliber sprach eingehend über die Wirkung der Radiumstrahlen auf gesunde und blinde Augen. Er warnte — entgegen gewissen, in der letzten Zeit aufgetauchten Erwartungen — ausdrücklich davor, den Strahlen einen Einfluß zuzuschreiben. Es fehlt jede Möglichkeit, Menschen, die durch eine Trübung der einzelnen Augenmedien (Hornhaut, Linse usw.) blind geworden sind, zu einem Sehen zu verhelfen. Was das blinde Auge bei Einwirkung der Radiumstrahlen wahrnimmt, ist genau dasselbe, was das gesunde Auge wahrnimmt, nämlich nur eine allgemeine Helligkeit. Wirkliche Bilder auf der Netzhaut werden nicht entworfen.

Zu Adolf Menzel 88. Geburtstag. In diese Woche fiel, veranstaltet die Neue Freie Volksbühne am kommenden Sonntag, abends 1/8 Uhr, in den Industriesälen, Deutschstr. 19/20, einen Menzel-Abend. Den Vortrag (mit zahlreichen Lichtbildern) hält Herr Kunstschriftsteller Fritz Stahl. Karten zu 20 Pf. (für Mitglieder) und 50 Pf. (für Nichtmitglieder) sind an der Abendkasse zu haben.

Aus den Nachbarorten.

Charlottenburg. Im siebenten Bezirk findet morgen, am Sonnabend, die Stichwahl zur Stadtverordnetenwahl statt. In derselben wird entschieden, ob unser alter Genosse Rosenthal in das Stadtparlament einzutreten soll oder ein Liberaler. Und was für ein Liberaler! Es handelt sich um den Herrn Dr. Spiegel, der sich durch sein Verhalten bei der Landtagswahl in Niddorf so unumstößlich bekannt gemacht hat. Diesen Mann, der den Rechten der Arbeiter geradezu ins Gesicht zu schlagen versuchte, stellen die Freisinnigen als Kandidaten auf! Nun, sie müssen ja wissen, wer sie würdig zu vertreten im stande ist, und in der That verlorperrt sich in diesem Herrn die ganze Erbärmlichkeit des sogenannten liberalen Bürgerthums, das an seiner eignen Jämmerlichkeit zu Grunde geht.

Arbeiter Charlottenburgs, sorgt dafür, daß unser Sieg vom 23. November in den ersten sechs Bezirken durch die Verdrängung des Freisinn auch aus dem 7. Bezirk zu einem vollständigen wird. Der 7. Bezirk umfaßt folgende Straßen: Abstimmungsbezirk A. Bahnhof Zoologischer Garten, Verlinerstraße 149-151, Bleibtreustra. 1-7 und 49-55, Carmerstraße, Hofmannstr. 1-22 und 105-112, Goethestr. 1-4 und 74-87a, Grotmannstr. 14-25 und 48-59, Hardenbergstr. 6-12, Joachimsthalerstraße 1-4, Kantstr. 5-30 und 137-157, Kneisebeckstr. 13-24 und 82-100, Pestalozzistr. 1-8 und 100-106, Savignypfad, Schlüterstraße 57-71a, Stadtbahnhofen 546, Ullandstr. 1-15 und 189-197. Abstimmungsbezirk B. Verlinerstr. 128-148, Widmarstraße 1-16 und 112-127, Goethestr. 5-17a und 65-71, Grotmannstr. 1-12 und 59a-72, Hardenbergstr. 1-5, Herderstraße, Kantstr. 31-38 und 131-136, Kneisebeckstr. 1-12, Leibnizstr. 1-34, Pestalozzistr. 9-16 und 92a-99a, Schillerstr. 1-19 und 108-127, Schlüterstr. 1-23 und 72-78, Wielandstr. 1-9 und 60-69.

Gewählt wird von morgens 9 Uhr bis abends 8 Uhr. Jeder hat also reichliche Gelegenheit zu wählen. Keiner verkäume diese heilige Pflicht! Jedermann muß an den Wähltag treten und seine Stimme für den sozialdemokratischen Kandidaten Kaufmann J. Rosenthal abgeben.

Die Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung nahm am Mittwoch Kenntnis von der Magistratsvorlage betr. die Gebühren für Desinfektionen. Die Versammlung hatte im März an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, in Erwägung darüber einzutreten, ob sich nicht eine anderweitige Regelung der Gebühren für die durch die Stadt bewirkte Desinfektion von Wohnräumen und beweglichen Sachen empfehle. Der Magistrat erwidert nun, daß er beschlossen habe, die Gebühren für nicht zu erhöhen und daß er ferner in Zukunft bei jedem Fall von Scharlachfieber und Ruhr die Desinfektion gebührenfrei bewirken wolle. — Ferner erledigte die Versammlung eine Reihe von Rechnungssachen und kleinen Vorlagen. Zu einer lebhaften Debatte gab die Vorlage betr. die Erhöhung der Verpflegungssätze für das Krankenhaus Anlaß. Namens unserer Fraktion protestierte Genosse Dr. Vorhardt gegen die vom Magistrat geplante Maßnahme. Auch die Liberalen erklärten sich gegen die Erhöhung. Während der Magistrat und ein Teil der Versammlung sofortige Annahme befürworteten, wurde von anderer Seite Anschuldigungen beantragt. Die Abstimmung ergab die Annahme des Antrags auf Ausschubberatung, doch solle die Wahl der Mitglieder für den Ausschub erst im Januar erfolgen. Zur Annahme gelangte weiter die Vorlage betr. das Personal für das neue Krankenhaus auf Westend; ein hierzu gestellter, auf eine Besserung der Lage der Krankenwärter abzielender Antrag Vogel (Soc.) und Genossen wurde abgelehnt. Mit der Vorlage betr. Nachbewilligungen im Armenamt erklärte sich die Versammlung einverstanden. Dagegen wurde die Vorlage betr. die Armenverwaltung und die Deputation für die Waisenfürsorge einem Ausschub von 11 Mitgliedern überwiesen, der im Januar gebildet werden soll. Die nächste ordentliche Sitzung fällt aus. Dafür findet am Sonnabend den 19. Dezember eine außerordentliche Sitzung, die letzte in diesem Jahre, statt.

Schöneberg. In der Haselmecherischen Erbschafts-Angelegenheit scheint jetzt durch die von der Stadtgemeinde eingeleitete Untersuchung einige Klarheit über die „Wissensmeinung“ der Verstorbenen geschaffen zu sein. Wie erinnerlich, hatte die Inhaberin der Privat-Jernanstalt in der Sedanstraße, ein hoch in den sechziger Jahren stehendes Fräulein Haselmecher, die Stadt Schöneberg kurz vor ihrem Tode zur Erbin ihrer in der genannten Straße gelegenen drei Grundstücke eingesetzt, mit der Maßgabe, daß einige größere Legate (unter anderem an einen Sanitätsrat und an den Bureauvorsteher eines Rechtsanwalts) zur Auszahlung gelangen sollen. Bevor jedoch über die Annahme der Erbschaft Beschluß gefaßt werden



Konnte, meldete sich eine Reihe von armen Verwandten der Erblasserin, die in Rücksicht auf ein früheres Testament, in welchem sie bedacht gewesen sein wollten, die Stadterhaltung um Verzicht auf die Erbschaft bitten. Aus diesen und verschiedenen anderen Gründen übertrug die Stadtverordneten-Versammlung seiner Zeit diese Angelegenheit einem Ausschuss. Auffällig insbesondere mußte erscheinen, daß die beiden am meisten bedachten Legatarien bei Verzichtleistung der Stadt die alleinigen Testamentvollstrecker sein sollten. Nachdem nun die Genehmigung zur Annahme der Erbschaft nachgesucht worden ist, hat der Regierungspräsident auf Grund einer Kabinettsorder vom Jahre 1834 den Magistrat ersucht, wegen Gewährung angemessener Abfindungen an die Angehörigen der Erblasserin einen Gemeindeforschuss herbeizuführen. Es hatte sich nämlich herausgestellt, daß acht hilfbedürftige Angehörige vorhanden sind. Nach einem Ausschussbeschlusse soll von den genannten Testamentvollstreckern bezüglich der Auffüllung eines Nachlassverzeichnisses der Offenbarungspflicht gefordert werden, außerdem soll ein Drittel des reinen Nachlasses an hilfbedürftige Hinterbliebene verteilt werden. Mit diesem Beschlusse wird sich wohl die Stadtverordneten-Versammlung zu befassen haben.

**Schlenker.** Die hiesige Konsumgenossenschaft, welche seit einem halben Jahre besteht, hat in dieser Zeit einen Reingewinn von 1350 M. erzielt. Es sind für 20 788 M. Waren umgesetzt worden. Die Genossenschaft zählte am 1. Oktober 141 Mitglieder, ihr Geschäftsguthaben beträgt 2755 M. 50 Pf., die Casssumme 1230 M. Es werden 4 Proz. Dividende verteilt. Das Resultat ist durchaus günstig zu nennen.

**Neu-Weissenfer.** Die Errichtung einer höheren Lehranstalt für Knaben ist nunmehr von der Gemeindeverwaltung beschlossen worden, ohne daß irgendwie eine rechtliche Grundlage vorlag. Hatten die Herren Hausagrarier es doch so eilig, noch vor dem 1. Januar die Schule unter Dach und Fach zu bringen! Sie glauben nunmehr, daß ihr Weizen zum Blühen kommt, da doch jetzt das besser situierte Publikum sich unternimmt, sich idyllisch zu ergehen und mit 165 Proz. Kommunalzuschlag belasteten Vorort zu besuchen. Unsern Antrag, die Vorlage nochmals an die Kommission zurückzugeben, damit diese erst den Etat aufstelle, wurde mit Hilfe der Stimme des Gemeindevorstehers abgelehnt. Nach heftigen Redebalancen wurde mit 11 gegen 7 Stimmen beschlossen, der Anstalt eine Vorschule beizugeben, trotzdem auch der als Nachmann zugelegene Oberlehrer Dr. Kemis von der Friedrich-Werderschen Realschule erklärte, daß er als Mensch wohl, aber nicht als Lehrer einer höheren Lehranstalt gegen eine Vorschule sprechen

müsse. Nach seinem Vorschlage soll ein Reform-Realgymnasium errichtet werden. — Der Antrag der freiwilligen Feuerwehr um Erstattung von Kosten für Umänderung oder Anschaffung von Uniformstücken gab unsren Genossen Veranlassung für eine Berufsfeuerwehr zu plädieren, jedoch fand man bei den Gegnern nicht die geringste Gegenliebe; es wurde die beantragte Summe abgelehnt und die Sache dem Amtsausschuss überwiesen. Der Brennkalender für das nächste Gatsjahr wurde infolgedessen verbessert, als die Nachkalender in den Wintermonaten des Morgens eine halbe Stunde länger brennen sollen. Eine längere Debatte nahm noch die Anstellung eines Straßen-Inspizitors in Anspruch, worüber bereits berichtet worden ist; es wurde vor allem die Aufopferung und die Lässigkeit des Herrn Gemeindevorordneten Stobode hervorgehoben; das Gehalt sollte schon vom 1. Oktober ab festgesetzt werden. Unreife Genossen wandten sich ganz entschieden gegen diesen Vorschlag, als den Bestimmungen der Landgemeinde-Ordnung zuwiderlaufend und man mußte wohl oder übel die Zeit der Anstellung auf den 15. Dezember verlegen. Jedoch werden wir es noch erleben, daß dem „mächtigen Herrn“ eine Extra-Gratifikation bewilligt wird, was vom Gemeindevorsteher in Aussicht gestellt ist.

**Der Selbstmord des Dienstmädchens Schönfelder in Potsdam,** das sich am Montag zum Fenster der Wohnung seines Dienstherrn, des Ober-Roharztes im 1. Garde-Wanzen-Regiment, Kapteinat, heraus auf die Straße stürzte und inzwischen im St. Josephs-Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen ist, dürfte noch Veranlassung zu einer Untersuchung geben. Der Vater der Selbstmörderin, Alfeldmacher G. Schönfelder in Potsdam, bestritt nämlich, daß das Motiv, das seine erst sechzehnjährige Tochter zum Selbstmord getrieben hat, unglückliche Liebe zu einem Mann sei. Die Schönfelder soll auf dem Sterbeteppich den Schwärmern im St. Josephs-Krankenhaus als Grund ihrer That angegeben haben, daß sie am Morgen die Zeit verschlafen habe und sich deshalb um 6 Uhr, um allem aus dem Wege zu gehen, zum Fenster herausgestürzt habe. Der Vater des Mädchens hat von diesem schon früher Briefe erhalten, worin es sich über schlechte Behandlung seitens der Dienstherrschaft beklagte und Selbstmordgedanken kundgab. Die Briefe, die noch weitere Details enthalten, hat der Vater jetzt der zuständigen Behörde eingereicht.

### Briefkasten der Redaktion.

**Juristischeil Teil.**  
N. R. 67. Rein. — P. P. 2. 1. Rein; Sie können sich nur auf das Zeugnis des Meisters beziehen. 2. N. 3. Ja, aber die Ehefrau und Kinder

gehen vor. 4. Rein. — 10 M. Sie können beim Gewerbegericht klagen. — **Juli 16.** Eine Beleidigungsklage hätte kaum Aussicht auf Erfolg, weil die Angeklagte in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt hat. — **G. J. 68.** Der Vater durfte das Kindergeld zur Erziehung der Kinder verwenden, wenn die Umstände dies erforderlich machten. Solche Umstände lagen nach ihrer Darstellung vor. Eine Klage erscheint deshalb ausgeschlossen. — **Paul 6.** Ohne Eintrag in den Vertrag lassen sich Klagen, die sich auf Folgen des Vertrages beziehen, nicht beantworten. — **G. W. 82.** Dienstmädchen sind nicht Krankenversicherungspflichtig. Die Versicherung ist für den Fall einer Erkrankung des Gehirns, verweigert, die erforderliche Versorgung und ärztliche Behandlung bis zur Dauer von 6 Wochen, jedoch nicht über die Beendigung des Dienstverhältnisses hinaus, zu gewähren. Im Ihrem Fall scheint nach Ihrer Schilderung die Versicherung diese Pflicht erfüllt zu haben. — **W. R. 100.** Der Anspruch auf Rückzahlung der Hälfte der Alibemerkten geht nur dann der Witwe nicht zu, wenn der Verstorbenen bereits eine Rente erhalten hatte. Darum ist Krankenversicherung zu teile geworden oder sonstige Aufwendungen für ihn zwecks Verhütung der Erwerbsunfähigkeit gemacht (künstliche Gliedmaßen, Zahngebühr usw.), so verliert die Witwe ihr Recht auf Rückzahlung nicht. — **N. R. 9. 91.** Die Genehmigung von Versammlungen ist nur bei Versammlungen unter freiem Himmel erforderlich. Andere sind angemessen. Vereinsveranstaltungen, deren Ziel und Art naturgemäß oder durch besondere Verhältnisse im voraus festgelegt, bedürfen nur einmaliger Anmeldung. — **100 Ritzdorf.** 1. Erben der Mutter sind der Vater und die Kinder gewesen. Sollen Sie eine Erbscheinanforderung und können diese nicht in Güte erreichen, so beantragen Sie beim Gericht Erbscheinanforderung. Ein Anspruch auf bestimmte, einzelne Stücke der Erbschaft steht keinem Erben zu. 2. Die Tochter kann auf Gewährung einer lebenslangen Pension klagen.

### Witterungsübersicht vom 10. Dezember 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. °C	Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. °C
Schwetzingen	756	SW	3	bedeckt	4	Saparanda	766	SW	2	Regen	0
Hamburg	754	SW	3	1 Dunst	3	Petersburg	778	SW	1	Schnee	0
Berlin	756	SW	3	2 Heiter	3	Genoa	755	SW	4	Wolllig	7
Konstanz	754	SW	3	bedeckt	6	Berdeen	750	SW	4	Wolllig	8
Wien	756	SW	3	bedeckt	6	Paris	750	SW	4	Wolllig	8
Wien	760	SW	3	1 Nebel	1						

**Wetter-Prognose für Freitag, den 11. Dezember 1903.**  
Bislang wolllig, am Tage ziemlich mild bei leichten südlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.  
Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

**Freitag, den 11. Dezember.**  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
**Oberhaus.** Freischütz.  
**Schauspielhaus.** Im stillen Gäßchen.  
**Deutsches.** Rote Beerd.  
**Berliner.** Gustav Adolf.  
**Leitung.** Papstentwurf.  
**Westen.** Die Fledermaus.  
**Neues.** Solome.  
**Reichens.** Ein Seiten sprung.  
**Central.** Der Vogelhändler.  
**Thalia.** Der Hochwacht.  
Anfang 8 Uhr:  
**Schiller O.** (Wallner-Theater):  
Balantana.  
**Schiller N.** (Friedrich-Wilhelmstadt):  
Wilhelm Tell.  
**Carl Weiß.** Der Pfarrer von Kirchfeld.  
**Luise.** Keil-Reiflingen.  
**Kleines.** Elektra.  
**Tranon.** Biscotte.  
**Deutsch-Amerikanisches.** Ueber'n großen Teich.  
**Casino.** Weihnachtskloster. Der verkaufte Sohn.  
**Metropol.** Durchlaucht Radieschen.  
**Apollon.** Frühlingluft.  
**Palast.** Othello.  
**Winter-Garten.** Spezialitäten.  
**Passage-Theater.** Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger.  
**Urania.** Taubenstrasse 18/19.  
Um 8 Uhr im Theater: An den Seen Ober-Italiens.  
Um 8 Uhr im Horsaal: Dr. G. Nass: Das Gold und die Edel-Metalle.  
Invalidenstrasse 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

### Urania.

Taubenstrasse 48/49.  
Um 8 Uhr im Theater:  
**An den Seen Ober-Italiens.**  
Um 8 Uhr im Horsaal:  
Dr. G. Nass: „Das Gold und die Edel-Metalle.“  
**Sternwarte**  
Invalidenstrasse 57/62.

**CASTANS PANOPTICUM**  
Friedrichstr. 165.  
Der Indianer-Riese  
Mianko Karoo vom Stamm der Sioux-Indianer.  
**Lebend!** Die zusammenge- wachsenen Schwestern  
nur noch bis Ende Dezember.  
Grosses Promenaden-Konzert.

**ALT-CHINA Kunst-Ausstellung**  
LEIPZIGER-STRASSE 12  
  
Täglich geöffnet 10-8.  
Entree 1 M., Sonntag 50 Pf

### Schiller-Theater.

**Schiller-Theater O.** (Wallner-Theater).  
Freitagabend 8 Uhr:  
**Vasantasena.**  
Drama in 5 Akten nach einer Dichtung des Königs Sudrasa. Frei bearbeitet von Emil Pohl.  
Sonnabendabend 8 Uhr:  
**Vasantasena.**  
Sonntagmittag 3 Uhr:  
**Der Bibliothekar.**  
Sonntagabend 8 Uhr:  
**Im weissen Rössl.**  
**Schiller-Theater N.** (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).  
Freitagabend 8 Uhr:  
**Wilhelm Tell.**  
Schauspiel in fünf Aufzügen von Friedrich Schiller.  
Sonnabendabend 8 Uhr:  
**Wilhelm Tell.**  
Sonntagmittag 3 Uhr:  
Wallensteins Lager. Die Piccolomini.  
Sonntagabend 8 Uhr:  
Die Stützen der Gesellschaft.

### Cirkus Schumann.

Heute Freitag, den 11. Dezember, abends 7 1/2 Uhr:  
Zum 10. Male:  
**Babel Eine Wanderung durch 8 Jahrtausende**  
Große Ausstattungs-Pantomime in 11 Abteilungen.  
● Feinste Wasserfeste. ●  
25 männliche Akrobaten-Löwen des Herrn Julius Seeth.  
Mlle. Datrien phänomenal. Refordsprung, 50 Fuß mit dem Fahrrad.

### Apollo-Theater.

Um 8 Uhr:  
**Frühlingsluft**  
mit dem Ballett Blütenhochzeit.  
Um 9 1/2 Uhr: Mit grossem Orchester:  
**Vision nach dem Baile.**  
Pantomime.  
Ruff v. Joachim Albrecht v. Preussen.  
Um 10 Uhr: Die neuen glänzenden Spezialitäten: **Ivan Tschernoff,** ein Riesen aus dem Sport-Stallhof, **Kelly and Ashby** X **Francois-Truppe** amer. Excentrics. Equilibristen.  
**The Passports, Tanz-Quell.**  
**Kosmograph und Biophon.**

### Casino-Theater.

Lothringenstr. 37. Um 8. Sonntag 7 1/2  
8 Uhr: Weihnachtskloster.  
9 1/2: Nuscha Melitta — Loro-Quartett.  
**Corradini.**  
9 1/2 Uhr: Der verkaufte Sohn.  
Sonntagmorg. 4 Uhr: Am Altar.

### Passage-Theater

Anfang Sonntag 3 Uhr, Wochentags 5 Uhr. Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr.  
**Berlin hat wieder seine Sensation!**  
**Mortonellos Enthauptung**  
einer lebenden Dame!  
Ausserdem  
14 neue erstklassige Nummern.  
**Pertina.** Lucia della Sera.  
**Hasson u. Jenny** etc. etc.

### Palast-Theater

Burgstrasse 22. früher Feen-Palast.  
Grosse Extra-Elite-Vorstellung.  
8 Uhr: 8 Uhr:  
**Othello.**  
Trauerspiel von Shakespeare.  
Von 7 1/2 Uhr ab: Konzert.  
Morgens abend 6 1/2 Uhr:  
**Wünsche und Träume.**  
Große Zauberposse mit Gesang und Tanz in 8 Bildern.  
Reizler Gemmel: Dr. Ad. Winkler.  
Berber Auftreten der grandiosen Spezialitäten.  
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.

### Kleines Theater.

Unter den Linden 44.  
**Nachtasyl.**  
Anfang 8 Uhr.  
Sonnabend: Elektra.  
**Carl Weiss-Theater.**  
Große Frankfurter Strasse 132.  
Gastspiel des Oberbairischen Banern-Theaters. (Schillerstr. u. Logenstr.)  
Der Pfarrer von Kirchfeld.  
Vollständ. mit Gesang und Tanz in 5 Akten von L. Angenruber.  
Anfang 8 Uhr.  
Morgens nach 4 Uhr: Kinderdorf: Hänsel und Gretel. Abends: Die Arcusschreiber.

### Fröbels Allerlei-Theater

fr. Puhmann, Schönhauser Allee 148.  
Zusatz: **Wilhelm Fröbel.**  
Sonnabend, den 12. Dezember ab., nachmittags 4 Uhr:  
**Kinder-Vorstellung**  
einmalige Aufführung:  
**Rothkäppchen und der Wolf.**  
Großes Kinder-Wärschenspiel.  
Entree 10 Pf. Erwachsene 20 Pf. Sperm 15 Pf. Erwachsene 30 Pf.  
Sonntag: **Letzte Vorstellung** der beliebtesten Zimmermanns **Norddeutsche Säng.**  
Nach der Vorstellung um 10 Uhr **Grosser Ball.**

### Berliner Prater-Theater

Kastanien-Allee 7-9.  
Freitag, den 11. Dezember 1903:  
**Bernhard Rose-Theater-Ensemble.**  
**Der verkaufte Schlaf.**  
Kom. tom. Zauberstück mit Gesang und Tanz in 3 Akten und 12 Bildern.  
Anfang 8 Uhr.  
**Königstadt-Kasino**  
Holzmärktstr. 72. Ecke Alexanderstrasse.  
Täglich:  
**Franz Sobanski.**  
Das grossartige Dezember-Programm mit: **Molly Vorch.** The Klatt's u. w. **Sein Patent.**  
Diebeskomödie in 1 Akt.  
Nach der Vorstellung: **Rittwoch, Sonnabend, Sonntag: Tanz.**

### Cirkus Busch.

Freitag, den 11. Dezember, abends 7 1/2 Uhr:  
**Karl Hagenbecks größte Raubtier-Zchau.**  
**6 ausgemessene Königstiger**  
noch nie in dieser Vollendung gezeigt!!!  
3 Riesen-Löwen,  
3 Riesen-Eisbären,  
3 schwarze Bären.  
Die größte und sensationellste Raubtiergruppe, welche je gezeigt wurde, vorgeführt von dem berühmten Dompteur, Herrn **Richard Sawade.**  
Die großart. Noudressur, Zebras u. Ponies, vorgeführt von Herrn **Schumann.**  
Eine Hirschjagd, geritten mit 20 Ross- und Halbblutpferden.  
Herr Gustav Goebel aus Berlin, Equitator, Schüler des berühmten **James Filis.**  
**Rademoijelle de Holstein,** Schutzeleirin.

### W. Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill.  
**Brunnenstrasse 16.**  
**Hamlet.**  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.  
Sonnabend:  
**Extra-Vorstellung.**  
**Die Waife aus Lowood.**

### Reichshallen

**Stettiner Sänger.**  
Weihnachts-Programm.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonnabends 7 Uhr.  


### Wintergarten

**Neues Programm:**  
Salerno Meisterjongleur.  
Johnson u. Dean Cake-Walk-Tänzer.  
Wood u. Bates Amerik. Excentrics.  
The Saphos Reckturnkünstler.  
**Otto Reutter** Humorist.  
Little Fred Komische Hundedressur.  
Kromo Familo Ikarische Spielo.  
Pwitt Pierrot.  
**Annette Gillard** ersto Sängerin von der Opéra Comique in Paris.  
4 Schwestern Merkel Equilibristin.  
Bokkon Lasson Strassensängerin.  
„Parisier Luft“ Ballettdivertissement.  
Biograph mit neuen interess. Aufn.  
25-30-40 Pf.  
Blatt 50 Pf.  
**Rehtenien und Blätter.**  
Blut-fische 2,50 u. 2,75  
**Oderbr. Gänse** 55 u. 60 Pf.  
Junge Enten, Hühner, Kaninchen 70 Pf.  
**A. Ritschl, Dresden.** Amt IV, Straße 61. 1599.

### Frisehe Blut- und Leber-Wurst

in bekannter tadelloser Qualität.  
**Rich. Augustin,** Lindenstr. 60.  
„Vorwärts“-Haus, Frühstücks- und Mittagstisch, Sitzungszimmer.

### Etablissement Buggenhagen

Moritzplatz.  
Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag im Kaiseraal:  
**Rudolf Schaus' Künstler - Ensemble „Nordsterne“.**  
Nach jeder Vorstellung:  
**Tanz.**  
Sonnabend haben an den Wochenenden Günstigen  
In den unteren Sälen täglich Militär-Konzert.

### Café Schurig

Oranienstr. 144, a. Moritzplatz.  
**Billard-Saal:**  
5 Billards (Neubausen mit Kerkau-Bande)  
a Stunde 40 u. 60 Pf.  
Kaffee 10 u. 15, Bier 10 Pf.

### Damen erhalten elegante Garderoben

nach Maß bei nur geringer Zeitabgabe. 188332  
**J. Kurzberg, Königstr. 47 II.**  
Direkt a. Alexandorpl.

### Kranz- und Blumenbinderei

von **H. Rodewald,** Alexandrinonstrasse 1a.  
Kranze mit Bindungshilfen, Verzug zu Festlichkeiten, Bouquets, Topfgewächse jeder Art zu preiswert.

### Kranz- und Blumenbinderei

von **Robert Meyer,** nur Mariannen-Strasse 2.  
Vereins-Kranze, Salmen- u. Blumen-Arrangements, Bouquets, Girlanden usw. werden fein u. preiswert geliefert.

### Blumen- und Kranzbinderei

**Richard Engelke,** Reichenberger-Strasse 164,  
Ecke Mariannenstr.  
Spezialität: **Vereinskranze.**

### Bruch-Pollmann

empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradhalter, Spritzen, Suspensoren, sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege.  
**Eigne Werkstatt.**  
Lieferant. Orts- u. Hilfs-Krankenstellen  
**Berlin C.,** 28342

### 30. Finen-Strasse 30.

NB. Alle Bruchbänder mit elastischen Gellotten, angenehm und weich am Körper.  
**Englisch. Unterricht**  
im und außer dem Hause (Winkel- oder im Einzel) 28112  
**G. Swienty geb. Liebknecht, Schöneberg, Sedanstrasse 57, III**

### Neues Theater.

Schiffbauerdamm 4a-5.  
**Früchte der Bildung.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Sonnabend: **Salome.** Logik des Herzens.

### Central-Theater.

Freitag-Abendmenschen-Vorstellung: Abends 7 1/2 Uhr:  
**Der Vogelhändler.**  
Operette in 3 Akten von Karl Keller.  
Sonnabendnachmittag 4 Uhr, halbe Preise, jeder Erwachsene ein Kind frei.  
Kinderdorf: **Der gestohlene Kater.**  
Abends 7 1/2 Uhr: **Der Rastelbinder.**

### Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:  
**Reif-Reiflingen.**  
Sonnabend: **Alpenkönig** und **Reifen-Reifen.**  
Sonntagmittag: **Romeo und Julia.** — Abends: **Keil-Reiflingen.**  
Sonntag: **Keil-Reiflingen.**

### Sansouel.

Kottbuser Thor — Stat. der Hochbahn.  
Sonntag, Montag, Donnerstag:  
**Hoffmanns Norddeutsche Säng.**  
Nach jeder Soirée:  
**Tanzkränzchen.**  
Jeden Dienstag:  
**Theaterabend.**  
Sonnabend, den 12. Dezember cr.:  
**Wünsche und Träume.**  
Weihnachts-Lebensbild in 4 Akten.  
Nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.**  
Vorzugskarten haben Gültigkeit.

### Deutsch-Amerikanisches Theater.

Königsplatz 67. Stat. Vannowstrasse.  
Gastspiel AD. PHILIPP.  
Anfang 10 1/2 Uhr.  
„Ueber'n grossen Teich.“  
Anfang 8 Uhr.

### Residenz-Theater

Direktion S. Landenburg.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Ein Seiten sprung.**  
Schauspiel in 3 Akten von G. Herr, Deßler und Gullermann. Deutsch von Kar. Schömann.  
Morgens und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.  
Sonntagmittag 3 Uhr: **Das große Geheimnis.**

### Metropol-Theater.

**Durchlaucht Radieschen!**  
Burleske Anstattungsposse mit Gesang und Tanz in 4 Bildern von Julius Freund.  
Musik von Victor Holländer.  
In Scene gesetzt vom Direktor **Richard Schultz.**  
Im 4. Bilder:  
**Grosses Ballett**  
Wie damals im Monat Mai.  
Anfang 8 Uhr.  
— Rauchen überall gestattet. —  
**Trianon-Theater.**  
Georgenstrasse, zwischen Friedrich- und Universitätsstrasse.  
**Biscotte.**  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntagmittag: **Die Rotbrüde.**











Partei-Nachrichten.

Gemeinbewählen. In das Stadtverordneten-Kollegium der sächsischen Stadt Gaißhagen wurden zum erstenmal zwei Parteigenossen gewählt.

Genosse v. Vollmar ist, wie die „Münchener Post“ meldet, in Begleitung seiner Gattin nach Kervi in Italien abgereist, wo er auf Rat seiner Ärzte einige Zeit bleiben soll, um seine Genesung zu beschleunigen.

Die Zeitung der italienischen Partei beschloß, den nächsten Parteitag vom 8. bis 11. April in Bologna abzuhalten.

Aus der Frauenbewegung.

Ablershof. Montag, den 7. Dezember, fand hier eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen statt. Genosse Bürger sprach über die Frauenfrage.

Aus der Hamburgischen Frauenbewegung. Nach dem Bericht der Vertrauensperson der Hamburger Genossinnen sind 1200 Frauen und Mädchen in Hamburg politisch organisiert.

Die Zahl der Abonnenten auf die „Gleichheit“ beträgt 600. Die Jahreseinnahme der weiblichen Vertrauensperson betrug 1138,50 M.

In einer öffentlichen Versammlung haben die Genossinnen beschlossen, Sammelstellen für Weihnachtsgaben — Geld, Kleidung, Fußzeug, Nahrungsmittel und Spielsachen — an die heldenmütigen Kämpfer in Crimmitschau zu errichten.

völkering für die Kämpfer in Crimmitschau zu beleben, finden im Laufe der Woche eine Anzahl von den Genossinnen arrangierte Volksversammlungen statt mit der Tagesordnung: „Der heldenmütige Kampf der Crimmitschauer“.

Sociales.

Preussische Einkommensteuer 1903.

Nach den Vorarbeiten von der „Statistischen Korrespondenz“ veröffentlichten Hauptberichten der Veranlagung zur Einkommensteuer betrug

Table with 4 columns: im Steuerjahre, die Gesamtzahl der Steuern, deren steuerpflichtiges Reineinkommen Mark, deren Einkommensteuer Mark. Rows for 1892, 1902, 1903, and 1903 gegen 1892.

Es ergibt sich aus diesen Zahlen, daß die Einkommenssumme nicht so stark gestiegen ist, wie die Zahl der Steuern — eine Folge der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse.

Table with 4 columns: mit Einkommen von, Zahl, Prozent der Bevölkerung, Einkommen in Millionen M., durchschnittl. M. Rows for über 900 bis 3000 M., über 3000 M., über 900 M., and insgesamt.

Daraus geht allerdings hervor, daß das Durchschnittseinkommen dieser Steuern über 3000 M. von 1902 zu 1903 stärker gefallen ist, wie das der Steuern unter 3000 M., es geht aber ebenso daraus hervor, daß der Durchschnitt der größeren Einkommen trotz des jetzigen stärkeren Fallens noch immer über dem Durchschnitt von 1902 steht.

gleichen Maße an, daher sinkt der Durchschnitt der Einkommen zwischen 900 und 3000 M. Es sind die qualifizierten Arbeiter und die kleinen Selbständigen, die nicht Schritt halten mit der allgemeinen Einkommensteigerung.

Die amtliche Statistik, die es bei uns als ihre Aufgabe betrachtet, die Schönheit der bestehenden Zustände zu betonen, läßt diese Umstände ganz aus ihren Betrachtungen ausfallen; dagegen verkündet sie als erfreuliches Ergebnis, daß die Zahl der Leute immer größer wird.

Die „veranlagte Bevölkerung“, d. h. die Zahl der Steuern mit Einschluß der Angehörigen, bezifferte sich im Berichtsjahre auf 35,9 Proz. der Gesamtbevölkerung gegen 35,1 im Jahre 1902 und 29,3 im Jahre 1896.

Die hier von uns durch Fettdruck hervorgehobenen Worte sind unfern. Es leben nicht 41,1 Proz. der Einwohner von einem Einkommen über 900 M. (siehe die zweite Tabelle); diese Einkommensinhaber können aber das Einkommen nicht allein verzehren, sondern müssen es mit ihren Angehörigen teilen.

Advertisement for 'Adreßbuch für Berlin und Vororte 1904'. Includes a coat of arms and the text 'ist erschienen' with arrows. At the bottom: 'und wird in der Haupt-Expedition des „Berliner Lokal-Anzeiger“ SW. Zimmerstr. 37-41 (Portal I) zu den bekanntgemachten Preisen ausgegeben. August Scherl.'



